

PKV spezial

Medienberichte

Sonderpressespiegel zur Bürgerversicherungsdebatte (1)

Nachrichtenberichte

FOCUS online vom 26.11.2017, Seite online	
CDU-Spitze warnt SPD vor Maximalforderungen	1
dpa-Basisdienst vom 27.11.2017, Seite 1	
PKV-Verband warnt vor Bürgerversicherung	2
SPIEGEL ONLINE vom 27.11.2017	
Ärzte laufen Sturm gegen Bürgerversicherung	3
WELT ONLINE vom 27.11.2017, Seite 1	
Ärzte laufen Sturm gegen Bürgerversicherung der SPD	4
Ärzteblatt.de vom 27.11.2017 12:27	
Debatte um Bürgerversicherung neu entbrannt	7
Schütze-Brief vom 27.11.2017, Seite 1	
Bürgerversicherung wieder Thema - Deutliche Kritik der Ärzteschaft	9
zm-online vom 27.11.2017, Seite 1	
"Die Bürgerversicherung ist eine Zumutung!"	11
cash online vom 27.11.2017, Seite 1	
"Zentrales Anliegen": Neue Diskussion um Bürgerversicherung	15
Schwäbische Zeitung Ravensburg vom 27.11.2017, Seite 4	
„Nicht um jeden Preis“	17
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.11.2017, Seite 18	
Die Bürgerversicherung wird zum Schreckgespenst	18
Augsburger Allgemeine Augsburg vom 28.11.2017, Seite 1	
Union warnt SPD vor Angriff auf Krankenkassen	19
Rheinische Post Düsseldorf-Mitte/West vom 28.11.2017, Seite 7	
Ärzte warnen vor Bürgerversicherung	20
zm-online vom 28.11.2017, Seite 1	
"Deutsches Gesundheitssystem nachbessern statt einreißen"	21
Versicherungswirtschaft-heute.de vom 28.11.2017 00:03	
SPD holt Bürgerversicherung aus dem Grab	22
FOCUS online vom 28.11.2017, Seite online	
Kein GroKo-Deal auf unsere Kosten! So teuer sind die Sozialträume der SPD	24

Handelsblatt vom 29.11.2017, Seite 001	
Wirtschaft warnt GroKo	26
FOCUS online vom 29.11.2017, Seite 1	
Arbeitgeber-Präsident warnt: "Maximal-Forderungen der SPD schaden der Wirtschaft"	27
Oberbayerisches Volksblatt (online) vom 29.11.2017, Seite 1	
"Meine Kollegen haben Angst"	29
SPIEGEL ONLINE vom 29.11.2017	
Der Kampf um die Bürgerversicherung	31
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.11.2017, Seite 18	
Kauder gegen Bürgerversicherung	33
ZEIT ONLINE vom 30.11.2017, Seite 1	
Bürgerversicherung für Beamtenbund "eine rote Linie"	34
SPIEGEL ONLINE vom 30.11.2017, Seite 1	
Beamtenbund sieht durch Bürgerversicherung Staatswesen gefährdet	35
FOCUS online vom 30.11.2017, Seite online	
Beamtenbund entschieden gegen Bürgerversicherung der SPD	37
DIE WELT vom 01.12.2017, Seite 11	
"Verstoß gegen das Grundgesetz"	38
DIE WELT vom 01.12.2017, Seite 11	
Manager sträuben sich gegen Bürgerversicherung	40
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 01.12.2017, Seite 19	
"Für uns im Handwerk ist eine lange Hängepartie Gift"	41
Hessische Allgemeine Kassel Mitte vom 01.12.2017, Seite 17	
'Leistungen würden weniger'	43

Kommentare und Analysen

Süddeutsche Zeitung vom 28.11.2017, Seite 4	
Teure Versuchungen	44
DIE WELT vom 29.11.2017, Seite 3	
Neue Fahrlässigkeit	45
Handelsblatt vom 30.11.2017, Seite 008	
Projekt mit gefährlichen Nebenwirkungen	47
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.11.2017, Seite 15	
Linker Restposten Bürgerversicherung	49
Hamburger Abendblatt vom 01.12.2017, Seite 2	
Die Gleichmacher-Fantasie	50



Seite: online

Ressort: FOCUS MONEY online

Weblink: http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/unternehmen-cdu-spitze-warnt-spd-vor-maximalforderungen_id_7899025.html

Unternehmen

CDU-Spitze warnt SPD vor Maximalforderungen

Die CDU-Spitze hat die SPD nach den vor einer Woche geplatzten Jamaika-Sondierungen gewarnt, Gespräche über eine Fortsetzung der großen Koalition mit Maximalforderungen zu belasten.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier habe allen Seiten ins Gedächtnis gerufen: "Man ist nicht für die Menschen da, die einen gewählt haben, sondern für das Gemeinwohl", sagte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet am Sonntag vor einer Sitzung des CDU-Präsidiums in Berlin. Deswegen müsse man nun sehen, "was können wir im Sinne des Gemeinwohl jetzt bewegen".

Steinmeier will an diesem Donnerstag mit Kanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel, dem SPD-Vorsitzenden Martin Schulz und CSU-Chef Horst Seehofer ausloten, welche Möglichkeiten für eine Regierungsbildung ohne Neuwahlen bestehen.

Auf die Frage, ob er einen Beginn von Sondierungen für eine erneute große Koalition noch vor Weihnachten für möglich halte, sagte Laschet: "Weihnachten ist ein Datum, aber keine Frist. Denn auch hier gilt: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit." Hessens Regierungschef Volker Bouffier forderte die SPD auf, nicht ständig Bedingungen im Zusammenhang mit einer möglichen Neuauflage der großen Koalition zu stellen. Im Stundentakt würden Forderungen von Sozialdemokraten erhoben, was zwingend sei und wo rote Linien seien, kritisierte er. "Wer sich so verhält, der muss aufpassen, dass er's nicht überzieht."

Die stellvertretende CDU-Vorsitzende und rheinland-pfälzische Landesparteichefin Julia Klöckner forderte die SPD auf, von der Forderung nach einer Bürgerversicherung abzugehen. Eine Abschaffung der privaten Krankenversicherung würde alle Versicherten teurer zu stehen kommen. "Wir haben in vier Wochen Weihnachten. Dennoch sollte

man mit Wunschzetteln sehr realistisch umgehen." Zugleich warnte sie davor, mit roten Linien in Gespräche zu gehen. Zu einer Minderheitsregierung äußerte sie sich skeptisch. Deutschland habe eine starke Bedeutung in Europa. "Da ist Stabilität gefragt."

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU), der in Kiel eine Regierung aus CDU, FDP und Grünen führt, riet allen Seiten vor möglichen Gesprächen, "nicht wieder vorher gleich einen auf dicke Hose zu machen und zu sagen, was alles auf jeden Fall durchgesetzt werden muss." Eine Minderheitsregierung lehnte er ab: "Deutschland als Lokomotive in Europa, als Stabilitätsanker, braucht auch eine stabile Regierung."

PKV-Verband warnt vor Bürgerversicherung (Foto-aktuell)



bdt0372 4 pl 158 dpa 2810



Parteien/Regierung/Deutschland/PKV/ PKV-Verband warnt vor Bürgerversicherung (Foto-aktuell) =

Berlin (dpa) - Der Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV) hat sich angesichts einer möglichen Neuauflage der großen Koalition vehement gegen eine Bürgerversicherung gewandt. Der Vorsitzende des PKV-Verbandes, Uwe Laue, erklärte am Montag in Berlin: «Deutschland hat wirklich wichtigere Probleme als eine willkürliche Radikalreform an unserem gut funktionierenden **Gesundheitswesen**. Zu Recht warnen heute zahlreiche Ärzteverbände, mit den SPD-Plänen würde die **Gesundheitsversorgung** für alle Bürger schlechter.»

Laue argumentierte weiter, SPD-Chef Martin Schulz «hat mit Blick auf Siemens die Streichung tausender qualifizierter Jobs als «volkswirtschaftlich irrsinnig und verantwortungslos» kritisiert. Wirklich verantwortungslos wäre es, aus parteipolitischen Motiven 68 000 qualifizierte Arbeitsplätze in der PKV zu bedrohen.»

Die nordrhein-westfälische SPD hatte für Sondierungsgespräche über eine Neuauflage der großen Koalition Kernforderungen an die Parteispitze formuliert. Dazu gehörten «eine paritätisch finanzierte Bürgerversicherung» und eine Rentenreform mit dem Ziel, das Rentenniveau zu sichern und perspektivisch auf rund 50 Prozent anzuheben, berichtete die «Süddeutsche Zeitung» (Montag) aus einem Brief des mitgliederstärksten Landesverbands an Schulz und Fraktionschefin Andrea Nahles.

Notizblock

Die folgenden Informationen sind nicht zur Veröffentlichung bestimmt

Kontakte

- Autor: Ruppert Mayr, +49 30 285231147, <mayr.ruppert@dpa.com> - Redaktion: Henning Otte (Berlin), +49 30 285231300, <politik-deutschland@dpa.com>

dpa rm yydd n1 hot

271451 Nov 17

Autor: Benjamin Bidder **Jahrgang:** 2017
Quellrubrik: Wirtschaft / Staat & Soziales **Nummer:** 0
Weblink: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/groko-spd-fordert-buergerversicherung-aerzte-laufen-sturm-a-1180515.html>

SPD-Forderung an GroKo

Ärzte laufen Sturm gegen Bürgerversicherung

Was könnte die SPD in einer neuen großen Koalition durchsetzen? Gesundheitsexperte Karl Lauterbach pocht auf die Abschaffung der privaten Krankenversicherung - und erntet den wütenden Protest der Ärztelobby.

Mit heftigen Protesten haben Ärzteverbände auf SPD-Forderungen nach einer Bürgerversicherung reagiert. "Wer die Bürgerversicherung will, der startet den Turbolader in die Zwei-Klassen-Medizin", sagte Bundesärztekammer-Präsident Frank-Ulrich Montgomery.

Einheitssysteme wie in den Niederlanden oder Großbritannien führten zu Rationierung, Wartezeiten und Begrenzungen der Leistungskataloge. Diejenigen, die es sich leisten könnten, sicherten sich dort einen exklusiven Zugang zur Spitzenmedizin als Selbstzahler oder durch teure Zusatzversicherungen.

Die Existenz der privaten Krankenversicherung sorgte für Innovationen bei Diagnostik und Therapie und setzte damit die Krankenkassen unter Zugzwang, so Montgomery. Privat Versicherte ermöglichten mit ihrem kostendeckenden Finanzierungsbeitrag zudem eine hochwertige medizinische Ausstattung von Krankenhäusern und Praxen.

Der Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Andreas Gassen, warnte, eine Bürgerversicherung löse kein einziges Problem in der gesetzlichen Krankenversicherung. Kritisch äußerten sich auch der Hartmannbund und der Hau-

särzteverband.

Die Bürgerversicherung war eine Kernforderung im Wahlprogramm der Sozialdemokraten. Aus ihrer Sicht besteht die von Montgomery beschworene Zwei-Klassen-Medizin schon heute, erst durch den Systemwechsel würden Bürger unabhängig von Einkommen und Wohnort die beste Versorgung bekommen.

In die Bürgerversicherung würden alle gesetzlich Versicherten aufgenommen. Bisher privat Versicherte sollen wählen können, ob sie ebenfalls in die Bürgerversicherung wechseln möchten. Arbeitgeber und Versicherte würden nach Wunsch der SPD zudem wieder den gleichen Anteil am Versicherungsbeitrag zahlen.

Lauterbach spricht von "zentralem Anliegen"

Bei möglichen Verhandlungen über eine Neuauflage der großen Koalition sei eine Bürgerversicherung ein "zentrales Anliegen" seiner Partei, sagte SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach der "Passauer Neuen Presse". Weiterhin forderte der SPD-Fraktionsvize die Bekämpfung von Altersarmut und Korrekturen mit Blick auf geringfügige

Beschäftigung.

"Wir wollen eine Bürgerversicherung mit einem gemeinsamen Versicherungsmarkt ohne Zwei-Klassen-Medizin", sagte Lauterbach. Sollte in diesen Gerechtigkeitsfragen keine Einigkeit erzielt werden, gebe es "nicht den Hauch einer Chance, dass die SPD-Mitglieder einem Koalitionsvertrag zustimmen würden".

Verhandlungen mit der Union sprechen Lauterbach zufolge nicht "automatisch" für eine Regierungsbeteiligung. CDU und CSU müssten vielmehr bereit sein, "sich zu bewegen" und der SPD inhaltlich entgegenzukommen. Die Wahrscheinlichkeit für eine weitere große Koalition sehe er bei "50 zu 50, keineswegs höher".

An der SPD-Basis gebe es keine Sehnsucht nach einer Neuauflage des abgewählten Regierungsbündnisses; auch eine Notwendigkeit bestehe nicht, stellte Lauterbach klar. Sollte die Union den Sozialdemokraten nicht entgegenkommen, stünde Neuwahlen nichts im Wege: "Die SPD muss sich nicht vor Neuwahlen fürchten."

beb/dab/AFP

Abbildung: SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach

WELT  N24

POLITIK

[BUNDESTAGSWAHL 2017](#) [IM TICKER: NACH DEM SCHEITERN VON JAMAICA](#) [ERGEBNISSE](#) [ALLE WAHLKREIS](#)<  >[DEUTSCHLAND](#) [AUF DEM WEG ZUR GROKO](#)

Ärzte laufen Sturm gegen Bürgerversicherung der SPD

Stand: 14:53 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten

Die SPD macht die Einführung einer einheitlichen Bürgerversicherung zur Bedingung für die Neuauflage der großen Koalition. Davor warnen nun deutsche Ärzte. Sie befürchten eine Rationierung auf Kosten der Kranken.

Die Forderung der SPD nach einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen ist in der Ärzteschaft auf breite Ablehnung gestoßen.

„Wer die Bürgerversicherung will, der startet den Turbolader in die Zwei-Klassen-Medizin“, sagte der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Frank Ulrich Montgomery, am Montag in Berlin. Noch gehöre das deutsche Gesundheitssystem zu den besten der Welt. Die Folgen eines Einheitssystems wie in den Niederlanden wären Rationierung, längere Wartezeiten und eine Begrenzung der Leistungskataloge.

„Diejenigen, die es sich leisten können, sichern sich dort einen exklusiven Zugang zur Spitzenmedizin als Selbstzahler oder durch teure Zusatzversicherungen“, sagte Montgomery. Wenn die SPD jetzt die Bürgerversicherung zur Voraussetzung für mögliche Sondierungsgespräche mit der Union mache, dann würde dies „unser leistungsstarkes System aus den Angeln“ hebeln. Nicht zuletzt würden der medizinischen Versorgung Mittel in Milliardenhöhe entzogen.

WERBUNG

inRead invented by Teads

LESEN SIE AUCH**WELT+**

PKV-KUNDEN

Privat versichert? Nur so vermeiden Sie den Prämienschock

Auch Andreas Gassen, Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), warnte, die Bürgerversicherung würde „kein einziges der potenziellen Probleme lösen, vor allem nicht die Herausforderungen einer älter werdenden Bevölkerung“.

Der NAV-Virchow-Bund, der Verband der niedergelassenen Ärzte, lehnte ebenfalls Zugeständnisse an die SPD in Verhandlungen zu einer großen Koalition ab. „Das wäre ein Einknicken mit fatalen Folgen: Die Bürgerversicherung verursacht eine unwiederbringliche Zerstörung von funktionierenden Strukturen“, sagte Verbandschef Dirk Heinrich. „Die freie Arztwahl, der niedrigschwellige Zugang zu wohnortnahen Haus- und Fachärzten und die europaweit kürzesten Wartezeiten wären schnell beendet.“

„Brandbeschleuniger für die Probleme“

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article170999492/Aerzte-laufen-Sturm-gegen...> 27.11.2017

Auch beim Deutschen Hausärzteverband stößt die SPD-Forderung auf Widerstand. „Wenn der hausärztlichen Versorgung jetzt die notwendigen Mittel entzogen werden, dann wäre das ein Brandbeschleuniger für die Probleme, die es schon heute in vielen Kommunen gibt“, warnte der Bundesvorsitzende Ulrich Weigeldt.

In Deutschland gibt es ein Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung. 90 Prozent der Bundesbürger sind gesetzlich versichert. Befürworter einer einheitlichen Bürgerversicherung versprechen eine Gleichbehandlung aller Versicherten.

LESEN SIE AUCH

Patienten



BEITRAGSSCHOCK

Letzter Ausweg aus der Privaten Krankenversicherung

Eine Bürgerversicherung war eine Kernforderung im Wahlprogramm der SPD. In sie sollen alle gesetzlich Versicherten aufgenommen werden. Bisher privat Versicherte sollen wählen können, ob sie ebenfalls in die Bürgerversicherung wechseln möchten. Arbeitgeber und Versicherte sollen wieder den gleichen Anteil am Versicherungsbeitrag zahlen.

Nach dem Willen der SPD soll es eine Bürgerversicherung geben, in die auch Beamte und Selbstständige sowie Angestellte mit hohen Einkommen einbezogen werden. Der bisherige SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach nannte dies in der „Passauer Neuen Presse“ ein „zentrales Anliegen“ seiner Partei. Die Union wendet sich in ihrem Wahlprogramm allerdings gegen ein solches Modell und will die private Krankenversicherung erhalten.

Lesen Sie alles Wichtige rund um Politik – im täglichen Newsletter der WELT.

Nur noch ein Schritt:

Bitte klicken Sie den Bestätigungs-Link in der E-Mail, die wir soeben an ###eMail### geschickt haben.

AFP/KNA/sen

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article170999492/Aerzte-laufen-Sturm-gegen...> 27.11.2017

Nummer: 2910008633

Weblink: <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/83659/Debatte-um-Buergerversicherung-neu-entbrannt>

Debatte um Bürgerversicherung neu entbrannt

PolitikMontag, 27. November 2017/kamasigns, stock.adobe.com

Berlin – Im Ringen um eine neue Bundesregierung ist nach dem Aus der Jamaika-Koalition eine neue Debatte um die Bürgerversicherung entflammt. SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach nannte die Bürgerversicherung ein „zentrales Anliegen“. Zwar sollte die SPD „vorab keine Bedingungen stellen“, sagte er der Passauer Neuen Presse. Die SPD wolle aber „eine Bürgerversicherung mit einem gemeinsamen Versicherungsmarkt ohne Zwei-Klassen-Medizin“. Die Bürgerversicherung wäre nicht das Ende der Privaten Krankenversicherung, betonte Lauterbach. „Sie würde von allen Anbietern der Privaten ebenfalls angeboten werden können.“ Wenn die Union der SPD bei Verhandlungen nicht entgegen komme, dann werde es Neuwahlen geben. Die engste CDU-Spitze befürwortet zwar einhellig Gespräche mit der SPD über die Bildung einer großen Koalition. Unionspolitiker warnen aber, anstehende Gespräche nicht mit überzogenen Forderungen zu belasten.

Die Grünen im Bundestag forderten die Union auf, sich „einen Ruck“ zu geben und „endlich den Weg für die Bürgerversicherung“ frei zu machen. „Die könnte ja auch von den privaten Krankenversicherungen angeboten werden. Ein Risikoausgleich würde dafür sorgen, dass es nicht zu einer Risikoselektion kommt“, sagte Maria Klein-Schmeink (Grüne). Sie betonte, das Nebeneinander von privater und gesetzlicher Krankenversicherung führe zu enormen Fehlansätzen.

Anzeige

Ärzte erteilen Bürgerversicherung klare Absage

Eine klare Absage an eine Bürgerversicherung kam von Kassenärztlicher Bundesvereinigung (KBV), Bundesärztekammer (BÄK) und Ärzteverbänden. Der KBV-Vorstandsvorsitzende Andreas Gassen betonte, die aufgekommene Diskussionen gehe am Kern der Probleme vorbei. „Eine Bürgerversicherung würde kein einziges der potenziellen Probleme lösen, vor allem nicht die

Herausforderungen einer älter werdenden Bevölkerung“, sagte er. Gassen hält aber Modifizierungen in der GKV für notwendig. „Die fortdauernde Budgetierung stellt eine Bedrohung für die Sicherstellung der wohnortnahen ambulanten Versorgung der Patienten dar“, sagte er.

BÄK-Präsident Frank Ulrich Montgomery erklärte, wer die Bürgerversicherung wolle, starte den Turbolader in die Zwei-Klassen-Medizin. „Wir wollen keine Rationierung, keine Wartezeiten und keine Begrenzungen der Leistungskataloge wie in den Einheitssystemen der Niederlande oder in Großbritannien“, erklärte er. Diejenigen, die es sich leisten könnten, sicherten sich dort einen exklusiven Zugang zur Spitzenmedizin als Selbstzahler oder durch teure Zusatzversicherungen. „Das hindert die SPD jedoch nicht daran, die Bürgerversicherung zur Voraussetzung von Sondierungsgesprächen zu machen und damit unser leistungsstarkes System aus den Angeln zu hebeln. Was uns aber als gerechtere Alternative zum dualen Krankenversicherungssystem angeboten wird, ist in Wirklichkeit der direkte Weg in die Zwei-Klassen-Medizin“, warnte Montgomery.

aerzteblatt.de

Sondierungsgespräche: Streitpunkte der Gesundheitspolitik

Gesundheitssystem: Gassen gegen fundamentale Änderungen

Bürgerversicherung: SPD wirbt, CSU wettet

Hinzu kommt aus Sicht der BÄK, dass die Private Krankenversicherung die rasche Übernahme des medizinischen Fortschritts für alle Patienten ermöglicht. Denn die Existenz der PKV führe mit einem hohen Leistungsversprechen dazu, dass auch das GKV-System versuche, einen hohen Versorgungsstandard trotz aller Sparbemühungen aufrechtzuerhalten. „So fördert die private Krankenversicherung Innovationen bei Diagnostik und Therapie, genehmigt sie schnell und setzt damit die Krankenkassen in der Regel unter Zugzwang“, sagte

Montgomery.

Nicht zuletzt würden aus Sicht des Bundesärztekammerpräsidenten der medizinischen Versorgung Mittel in Milliardenhöhe entzogen. Das treffe nicht nur Ärzte, Physiotherapeuten oder Hebammen, sondern auch und gerade Patienten. „Privatversicherte ermöglichen mit ihrem die tatsächlichen Kosten deckenden Finanzierungsbeitrag eine hochwertige medizinische Ausstattung von Krankenhäusern und Praxen, die allen Patienten unabhängig von ihrem Versicherungsstatus zur Verfügung steht“, führte Montgomery aus.

Kritik von Ärzteverbänden

Der NAV-Virchow-Bund, Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands, warnte ebenfalls davor, der SPD mit der Einführung einer „Bürgerversicherung“ ein Zugeständnis für Verhandlungen zu einer Großen Koalition zu machen. Die Bürgerversicherung wäre „die Abrissbirne an einem bewährten System, das die Bevölkerung und internationale Organisationen wie die OECD für das beste der Welt halten“, sagte der Bundesvorsitzende des NAV-Virchow-Bundes, Dirk Heinrich. Die freie Arztwahl, der niedrigschwellige Zugang zu wohnortnahen Haus- und Fachärzten und die europaweit kürzesten Wartezeiten wären schnell beendet.

Als „populistischen Reflex“ hat der Vorsitzende des Hartmannbundes, Klaus Reinhardt, die vom linken Flügel der SPD als ultimative Bedingung für eine große Koalition wiederbelebte Diskussion um die Bürgerversicherung kritisiert. „Dass man sich zunächst jeglicher Verantwortung fürs Regieren verweigert und nun ausgerechnet ein ideologiebeladenes Prestigeobjekt der Parteilinken zur wichtigsten Bedingung für eine mögliche Koalition erhebt, ist ein alarmierendes Signal für die künftige Politik einer möglichen Schwarz-Roten Regierung“, sagte er.

Der Deutsche Hausärzteverband (DHÄV) warnte davor, der hausärztlichen Versorgung die notwendigen Mittel zu entziehen. Der DHÄV-Bundes-

vorsitzende Ulrich Weigeldt sprach von einem „Brandbeschleuniger“ für bestehende Probleme. „Wir brauchen in Zukunft ein Gesundheitssystem, das sicherstellt, dass die Mittel dorthin fließen, wo der größte gesellschaftliche Bedarf herrscht. Das ist aktuell ganz klar die hausärztliche Versorgung“, sagte er. © dpa/kna/may/aerzteblatt.de

© Schütze-Brief • Gesundheitspolitischer Info-Dienst

27. November 2017

Nr. 90/2017/ Seite 5 von 22

1. Mögliche Neuauflage der Großen Koalition: Bürgerversicherung wieder Thema – Deutliche Kritik der Ärzteschaft

Im Vorfeld zu Gesprächen über eine mögliche Neuauflage der Großen Koalition – am 30. November 2017 sind Gespräche zwischen den Parteivorsitzenden Angela Merkel (CDU), Horst Seehofer (CSU) und Martin Schulz (SPD) geplant – haben mehrere SPD-Politiker Vorbedingungen gestellt. So sagte Professor Dr. Karl Lauterbach, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, der „Passauer Neuen Presse“, eine „Bürgerversicherung mit einem gemeinsamen Versicherungsmarkt ohne Zwei-Klassen-Medizin“ stelle ein „zentrales Anliegen“ seiner Partei dar. Laut Medienberichten formulierte der SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen Kernforderungen für mögliche Sondierungsgespräche mit CDU/CSU – auch hier wird eine paritätisch finanzierte Bürgerversicherung genannt. Alexander Schweitzer, SPD-Fraktionsvorsitzender in Rheinland-Pfalz, sagte der „Welt am Sonntag“, wenn die Union beim Thema Bürgerversicherung nicht einschwenke, könne man sich weitere Gespräche sparen.

„Wer die Bürgerversicherung will, der startet den Turbolader in die Zwei-Klassen-Medizin. Noch gehört unser Gesundheitssystem zu den besten der Welt, mit freier Arztwahl und einer Medizin auf hohem Niveau. Alle Umfragen zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger unser Gesundheitswesen als gut bewerten und erhalten wollen“, erklärte Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), zu diesen Forderungen. Wenn die SPD die Bürgerversicherung zur Voraussetzung von Sondierungsgesprächen mache, so heble sie damit das leistungsstarke Gesundheitssystem in Deutschland aus den Angeln. Was als gerechtere Alternative zum dualen Krankenversicherungssystem angeboten wird, sei „in Wirklichkeit der direkte Weg in die Zwei-Klassen-Medizin“.

Dr. Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), sagte zur Debatte, die vereinzelt aufgekommene Diskussion zur Bürgerversicherung ginge am Kern der Probleme in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) vorbei. Eine Bürgerversicherung würde kein einziges der potenziellen Probleme lösen, vor allem nicht die Herausforderungen einer älter werdenden Bevölkerung.

„Die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung wird in den kommenden Jahren, insbesondere auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, eine der wichtigsten Herausforderungen der Gesundheits- und Sozialpolitik sein. In den letzten Jahren hat die Politik eine Reihe notwendiger Maßnahmen angestoßen, die auf keinen Fall leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden dürfen“, betonte Ulrich Weigeldt, Bundesvorsitzender des Deutschen Hausärzteverbandes (DHÄV).

27. November 2017

Nr. 90/2017/ Seite 6 von 22

Auch der Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands (NAV-Virchow-Bund) warnt davor, der SPD mit der Einführung einer Bürgerversicherung ein Zugeständnis für Verhandlungen zu einer Großen Koalition zu machen. „Das wäre ein Einknicken mit fatalen Folgen: Die Bürgerversicherung verursacht eine unwiederbringliche Zerstörung von funktionierenden Strukturen“, betonte Dr. Dirk Heinrich, Bundesvorsitzender des NAV-Virchow-Bundes, nachdrücklich. Die negativen Auswirkungen ließen sich im europäischen Ausland beobachten: Staatliche Systeme seien überall teurer und würden eine echte Zwei-Klassen-Medizin befördern, weil sich dort parallel zum staatlichen System ein Markt entwickle, in dem Leistungen von denen, die es sich leisten können, gegen Direktzahlung bezogen werden.



09605/
924520



CLASSIC
CRYSTAL



www.mf-dental.de 1 oder 3 Spritzen á 0,15 ml, 0,25 ml oder 0,40 ml

| BZÄK-Präsident Dr. Peter Engel

"Die Bürgerversicherung ist eine Zumutung!"

Im Vorfeld möglicher Sondierungsgespräche fordert die SPD die Bürgerversicherung. Warum eine Abkehr vom dualen System der Gesellschaft schadet, erläutert der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel. Er ist nicht der Einzige: Immer mehr Kräfte aus der Selbstverwaltung kritisieren den Versuch der SPD, in dieser Situation die Bürgerversicherung durchzusetzen.

27.11.2017 | Keine Kommentare



"Das Wort 'Bürgerversicherung' ist nichts als politisches Framing – die Macht der politischen Sprachbilder: klingt sympathisch und fair, das Modell selbst ist aber eine Zumutung", sagt Dr. Peter Engel, Präsident der Bundeszahnärztekammer.

BZÄK/Axentis Georg Lopata

Dr. Peter Engel: „Das Wort 'Bürgerversicherung' klingt sympathisch und fair, das Modell selbst ist aber eine Zumutung. Denn wer eine Bürgerversicherung fordert, fordert kein besseres Niveau für alle Patienten, sondern das gedeckelte GKV-Niveau für alle. Schnell entstehen so kartellähnliche Strukturen und alsbald Einsparungen bei den Leistungen.

Grundsätzlich ist das aktuelle duale Gesundheitssystem aus GKV und PKV in Konkurrenz zueinander ein wesentlich solideres Modell. Es schützt nicht nur vor der Übermacht einzelner Versicherungen. Es befördert durch seine Konkurrenzsituation auch den Service bei den Versicherungen und deren Innovationsfreude. Denn in Deutschland finanzieren die beiden getrennten Versicherungssysteme eine gemeinsame medizinische Infrastruktur, das heißt, Praxen und Krankenhäuser.

So gibt es in Deutschland weltweit die kürzesten Wartezeiten und im Notfall wird jeder unabhängig von seinem Versicherungsstatus sofort und qualitativ hochwertig versorgt. Unabhängig vom Einkommen haben alle Bürger freie Arztwahl und profitieren vom medizinischen Fortschritt. Damit geht es im deutschen Gesundheitswesen sozial wesentlich gerechter zu als fast allen Staaten der Welt.

Hätte Deutschland nur ein einheitliches gesetzliches Vergütungssystem, wären sämtliche ärztliche Leistungen nach heutigem GKV-Vorbild budgetiert und es käme zu Leistungseinschnitten.

Im einheitlichen Krankenversicherungsmarkt wird eine faktische Zwei-Klassen-Gesellschaft etabliert, da neue Behandlungsmethoden und innovative Medizinprodukte nicht mehr über die PKV anschubfinanziert werden, sondern nur noch individuell subventioniert werden müssen. Das heißt: Nur diejenigen, die es sich leisten können, kaufen sich Zusatzleistungen dazu."

Dr. Peter Engel, Präsident der Bundeszahnärztekammer

Beschluss der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer



Die Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer fordert den Gesetzgeber dazu auf, das bewährte duale Krankenversicherungssystem aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung zu erhalten und weiterzuentwickeln. Den Bestrebungen im Rahmen der aktuellen Sondierungsgespräche, in die strukturellen Überlegungen zur Frage der Finanzierung des Gesundheitswesens die sog. Bürgerversicherung einzubeziehen, erteilt die Bundesversammlung eine deutliche Absage.

Begründung:

Die duale Krankenversicherung aus GKV und PKV ist das tragende Element des deutschen Gesundheitswesens. Die Erfolge der zahnmedizinischen Prävention und Versorgung sind im internationalen Vergleich außerordentlich und nur unter den Bedingungen dieses dualen Systems entstanden. Jegliche

Veränderungen des Systems von solidarischer Versicherung und eigener Vorsorge gefährden diesen Erfolg. Der interne Wettbewerb der beiden Versicherungsarten untereinander sichert die herausragende Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitswesens. Entsprechend der sozialen und demographischen Entwicklung ist das duale System daher auf der Verrichtungs-, Versorgungs- und Vergleichsseite systemimmanent und patientenorientiert anzupassen. Zudem soll der Gesetzgeber die privat(zahn) ärztlichen Leistungen zum Nutzen der Patientinnen und Patienten mehr als in der Vergangenheit als Innovationstreiber nutzen.

Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery: "Turbolader in die Zwei-Klassen-Medizin"



Zu Forderungen von SPD-Politikern im Vorfeld möglicher Sondierungsgespräche nach Einführung einer Bürgerversicherung erklärt Bundesärztekammer-Präsident Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery:

"Wer die Bürgerversicherung will, der startet den Turbolader in die Zwei-Klassen-Medizin. Noch gehört unser Gesundheitssystem zu den besten der Welt, mit freier Arztwahl und einer Medizin auf hohem Niveau. Alle Umfragen zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger unser Gesundheitswesen als gut bewerten und erhalten wollen. Selbst die EU-Kommission hat vor wenigen Tagen das hohe Niveau der medizinischen Versorgung in Deutschland bestätigt.

Wir wollen keine Rationierung, keine Wartezeiten und keine Begrenzungen der Leistungskataloge wie in den Einheitssystemen der Niederlanden oder in Großbritannien. Diejenigen, die es sich leisten können, sichern sich dort einen exklusiven Zugang zur Spitzenmedizin als Selbstzahler oder durch teure Zusatzversicherungen. Das hindert die SPD jedoch nicht daran, die Bürgerversicherung zur Voraussetzung von Sondierungsgesprächen zu machen und damit unser leistungsstarkes System aus den Angeln zu hebeln. Was uns aber als gerechtere Alternative zum dualen Krankenversicherungssystem angeboten wird, ist in Wirklichkeit der direkte Weg in die Zwei-Klassen-Medizin.

Hinzu kommt, dass die Private Krankenversicherung die rasche Übernahme des medizinischen Fortschritts für alle Patienten ermöglicht. Denn die Existenz der PKV führt mit einem hohen Leistungsversprechen dazu, dass auch das GKV-System versucht, einen hohen Versorgungsstandard trotz aller Sparbemühungen aufrechtzuerhalten. So fördert die private Krankenversicherung Innovationen bei Diagnostik und Therapie, genehmigt sie schnell und setzt damit die Krankenkassen in der Regel unter Zugzwang.

Nicht zuletzt würden der medizinischen Versorgung Mittel in Milliardenhöhe entzogen. Das trifft nicht nur Ärzte, Physiotherapeuten oder Hebammen, sondern auch und gerade die Patientinnen und Patienten. Denn Privatversicherte ermöglichen mit ihrem die tatsächlichen Kosten deckenden

Finanzierungsbeitrag eine hochwertige medizinische Ausstattung von Krankenhäusern und Praxen, die allen Patienten unabhängig von ihrem Versicherungsstatus zur Verfügung steht.“

Uwe Laue: "Ein Systembruch zu einer Einheitskasse würde nur Verlierer erzeugen" ✓

Zu Stimmen aus der SPD, die eine Abschaffung der Privaten Krankenversicherung (PKV) zur Bedingung für eine große Koalition machen wollen, erklärt der Vorsitzende des PKV-Verbandes, Uwe Laue:

"Das deutsche Gesundheitswesen steht hervorragend da und ist sozial gerecht: Unabhängig vom Einkommen haben alle Bürger freie Arztwahl und profitieren vom medizinischen Fortschritt, wir haben weltweit die kürzesten Wartezeiten und im Notfall wird jeder sofort versorgt, egal wie er versichert ist. Wir werden in der Welt um unser Gesundheitssystem beneidet. Die Deutschen sind damit heute so zufrieden wie seit Jahrzehnten nicht. Ganz anders in den Ländern, wo es die ‚Bürgerversicherung‘ gibt. Hier müssen Patienten oft monatelang auf Operationen warten.

Ein Systembruch zu einer Einheitskasse würde nur Verlierer erzeugen. Zu Recht warnen heute zahlreiche Ärzteverbände, mit den SPD-Plänen würde die Gesundheitsversorgung für alle Bürger schlechter:

- Tausende Ärzte, Zahnärzte, Hebammen und viele andere Helfer müssten ihre Praxen schließen.
- Medizinische Innovationen würden ohne den Wettbewerb mit der PKV erschwert.
- Die Wartezeiten würden für alle länger.
- Die Generationengerechtigkeit würde geschwächt, weil nur die PKV für den demografischen Wandel vorsorgt.

Der SPD-Vorsitzende Martin Schulz hat mit Blick auf Siemens die Streichung tausender qualifizierter Jobs als ‚volkswirtschaftlich irrsinnig und verantwortungslos‘ kritisiert. Wirklich verantwortungslos wäre es, aus parteipolitischen Motiven 68.000 qualifizierte Arbeitsplätze in der PKV zu bedrohen. Auf diese zerstörerische Folge einer ‚Bürgerversicherung‘ hat auch die DGB-nahe Böckler-Stiftung in einer Studie hingewiesen.“

CASH-ONLINE.DE verwendet Cookies, um Ihnen einen besseren Service anbieten zu können. Wenn Sie unsere Seite weiter benutzen, dann stimmen Sie unseren Cookie-Richtlinien zu. [Mehr erfahren ...](#)

- Finanznachrichten auf Cash.Online - <https://www.cash-online.de> -

“Zentrales Anliegen”: Neue Diskussion um Bürgerversicherung

Posted By *brodtmann* On 27. November 2017 @ 13:57 In Versicherungen | [No Comments](#)

Nachdem die SPD am Abend der Bundestagswahl verkündet hatte, in die Opposition gehen zu wollen, schien das Thema Bürgerversicherung vom Tisch. Das könnte sich nach dem Scheitern der Jamaika-Sondierungen nun ändern. SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach fordert bereits vor möglichen Verhandlungen über eine Neuauflage der Großen Koalition eine Bürgerversicherung.



[1]

Karl Lauterbach, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Sie sei “zentrales Anliegen” seiner Partei, sagte er der “Passauer Neuen Presse” vom Montag. “Wir wollen eine [Bürgerversicherung](#) ^[2] mit einem gemeinsamen Versicherungsmarkt ohne Zwei-Klassen-Medizin”, so Lauterbach.

Nach dem Wahlprogramm der SPD soll eine gesetzliche Krankenversicherung für alle eingeführt werden. Kanzlerkandidat Martin Schulz hatte dies bereits vor dem offiziellen Wahlkampfauftritt seiner Partei als “wichtiges Projekt” bezeichnet.

Betriebsräte reagieren prompt

Die Betriebsratsinitiative ^[3] "Bürgerversicherung? Nein dankel", der nach eigenen Angaben über 1.000 Betriebsräte aus Unternehmen der privaten Krankenversicherungen angehören, reagierte prompt auf die Äußerungen Lauterbachs und wies auf mögliche negative Folgen einer Bürgerversicherung hin.

"Allein mehr als 50.000 Arbeitsplätze gingen kurzfristig in der privaten Krankenversicherung bei Einführung einer Einheitskasse verloren", heißt es in einer Stellungnahme der Initiative. Darüber hinaus würden auch in zahlreichen Arztpraxen, Abrechnungsstellen und bei weiteren Gesundheitsdienstleistern Arbeitsplätze vernichtet.

"Die Gesundheitsversorgung würde für alle schlechter. Akzeptablen Gesundheitsschutz könnten sich dann nur noch die besser Verdienenden leisten. Darin sind sich selbst zahlreiche SPD-Politiker einig, mit denen wir in diesem Jahr gesprochen haben", erklärte Peter Abend, Sprecher der Betriebsratsinitiative.

Warnung vor Systembruch

Auch der Vorsitzende des PKV-Verbandes, Uwe Laue, meldete sich umgehend zu Wort: "Wir werden in der Welt um unser Gesundheitssystem beneidet. Die Deutschen sind damit heute so zufrieden wie seit Jahrzehnten nicht. Ganz anders in den Ländern, wo es die 'Bürgerversicherung' gibt. Hier müssen Patienten oft monatelang auf Operationen warten." Ein Systembruch zu einer Einheitskasse würde seiner Meinung nach nur Verlierer erzeugen.

Sollten sich Union und SPD tatsächlich darauf verständigen, Koalitionsverhandlungen aufzunehmen, dürfte das Thema Bürgerversicherung weiter an Fahrt aufnehmen. (kb)

Foto: spdfraktion.de (Susie Knoll/Florian Jänicke)

Article printed from Finanznachrichten auf Cash.Online: <https://www.cash-online.de>

URL to article: <https://www.cash-online.de/versicherungen/2017/zentrales-anliegen-neue-diskussion-um-buergerversicherung/404018>

URLs in this post:

[1] Image: https://www.cash-online.de/wp-content/uploads/2017/11/Lauterbach_SPD.jpg

[2] Bürgerversicherung: <https://www.cash-online.de/versicherungen/2017/die-buergerversicherung-darf-nicht-kommen/393298>

[3] Betriebsratsinitiative: <https://www.cash-online.de/versicherungen/2017/demo-gegen-buergerversicherung-in-berlin/393898>

Copyright © 2016 by Cash.Print GmbH; Cash. - Investieren wie die Profis

<https://www.cash-online.de/versicherungen/2017/zentrales-anliegen-neue-diskussion-...> 27.11.2017

Seite: 4
Ressort: Politik
Nachgefragt

Ausgabe: Hauptausgabe

„Nicht um jeden Preis“

Paul Ziemiak (Foto: dpa), Vorsitzender der Jungen Union Deutschland, befürwortet eine Große Koalition mit der SPD. Die Handschrift der Union müsse aber klar erkennbar sein, sagte er im Gespräch mit Andreas Herholz.

Was spricht gegen Neuwahlen?

Neuwahlen wären der schlechteste Weg. Wir können die Menschen nicht solange entscheiden lassen, bis uns das Ergebnis passt. Wir sollten jetzt mit der SPD Gespräche über die Bildung einer Großen Koalition führen. Aber nicht um jeden Preis. Wenn die SPD jetzt glaubt, utopische Forderungen an die Union stellen zu müssen, dann sollten die Genossen wissen, dass es für uns eine Grenze der Machbarkeit gibt. Wenn die überschritten ist, wird es eine Minderheitsregierung geben.

Wo genau liegt die Grenze? Und was sind für die CDU die Bedingungen für eine Große Koalition?

Grundlage für den Bereich Flucht und

Zuwanderung sind gemeinsame Positionen von CDU und CSU. Es bleibt bei der Begrenzung der Zahl der Migranten auf 200 000 pro Jahr. Das wäre sogar mit den Grünen möglich gewesen. Da müssen wir das auch mit der SPD hinbekommen. Es muss bei dem Ziel stabiler Staatsfinanzen und der schwarzen Null im Bundeshaushalt bleiben. Jetzt muss es um Entlastungen der Menschen gehen und nicht um neue Belastungen. Die Handschrift der Union muss klar erkennbar sein.

Die SPD nennt bereits die Einführung der Bürgerversicherung und einer Solidarrente als Bedingungen für eine Große Koalition. Ist die Union da kompromissbereit?

Die Bürgerversicherung führt in die falsche Richtung. Wir lassen uns nicht unter Druck setzen und sind nicht erpressbar. Es darf kein Weiter-so geben. Wir brauchen eine Regierung, die den Herausforderungen der Zukunft

gerecht wird. Bei der Großen Koalition bin ich da skeptisch, aber wir sollten es versuchen. Die Rente mit 63 etwa wieder abzuschaffen, wäre mit der SPD sehr, sehr schwierig.

Die Junge Union fordert eine personelle Erneuerung. CSU-Chef Horst Seehofer zieht es offenbar nach Berlin. Von Erneuerung kann da nicht die Rede sein, oder?

Wir brauchen neue Gesichter, aber auch erfahrene. Beides müssen wir miteinander verbinden. In einer neuen Regierung, aber auch in der Fraktion und Partei müssen neue junge Kräfte an die Spitze rücken. Jetzt muss ein Gesamtpaket aus neuem Personal und Inhalten geschnürt werden. Nur so kann die Union die nächsten Wahlen erfolgreich bestreiten. Über die Zukunft von Horst Seehofer entscheiden die CSU und er selbst.

Seite: 18
Ressort: Wirtschaft
Seitentitel: Wirtschaft

Ausgabe: Hauptausgabe
Nummer: 276

Die Bürgerversicherung wird zum Schreckgespenst

Ärzte, Privatversicherer und Union fürchten die einheitliche Krankenversicherung für alle

rike. BERLIN, 27. November. Sie ist seit Jahren ein Wunschkind der SPD - das Licht der Welt allerdings hat die Bürgerversicherung im Gesundheitswesen noch nicht erblickt. Bislang haben es die Sozialdemokraten in keiner Regierungskonstellation hinbekommen, die einheitliche Krankenversicherung für alle durchzusetzen. Als letzter verbliebener Kandidat für die Union in der Koalitionspartnerbörse wollen jetzt aber einige Genossen die Bürgerversicherung zur Bedingung für eine große Koalition machen.

Was der SPD vorschwebt, steht in ihrem Regierungsprogramm: "Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger auf die gleiche Weise versichern." Ziel sei die "paritätische Bürgerversicherung", zu gleichen Teilen finanziert von Arbeitnehmern und Arbeitgebern; der bislang alleine von den Versicherten zu zahlende Zusatzbeitrag würde abgeschafft. In die Bürgerversicherung sollen automatisch alle "erstmalig und bislang gesetzlich Versicherten" aufgenommen werden, also auch Beamte, Selbständige und Gutverdiener. Wer schon privat versichert ist, darf das auch bleiben - oder kann in die Bürgerversicherung wechseln. Auch in der Pflege strebt die SPD eine Bürgerversicherung an.

Den Weg zur Bürgerversicherung wollen die Sozialdemokraten mit einer einheitlichen Honorarordnung für Ärzte ebnen. Bislang verdienen diese mit Privatpatienten mehr Geld, unter anderem, weil sie jede einzelne Leistung in Rechnung stellen dürfen, ohne Budgetgrenze wie bei Kassenpatienten. Die Begründung der SPD für einheitliche Honorare: "Bislang werden Privatpatientinnen und -patienten oftmals bevorzugt, da ihre

Behandlung höher vergütet wird. Das werden wir beenden."

Am lautesten trommelt der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach für die Bürgerversicherung - seit Jahren schon, seit der möglichen Kehrtwende seiner Partei in Sachen große Koalition nochmals verstärkt. Schon am Donnerstag wies er über den Kurznachrichtendienst Twitter darauf hin, dass 80 Prozent der Deutschen für eine Bürgerversicherung seien. Am Wochenende wehrte er sich dann gegen den Vorwurf, er wolle die private Krankenversicherung (PKV) abschaffen. "PKV können auch Bürgerversicherung", twitterte er.

Diese freilich können darüber nur lachen, und eigentlich nicht mal das. Die Bürgerversicherung ist das größtmögliche Schreckgespenst der Branche. "Der SPD-Vorsitzende hat mit Blick auf Siemens die Streichung Tausender qualifizierter Jobs als ‚volkswirtschaftlich irrsinnig und verantwortungslos‘ kritisiert", sagte der PKV-Vorsitzende Uwe Laue am Montag mit Verweis auf die Kritik von SPD-Chef Martin Schulz am geplanten Stellenabbau bei Siemens. "Wirklich verantwortungslos wäre es, aus parteipolitischen Motiven 68 000 qualifizierte Arbeitsplätze in der PKV zu bedrohen." Deutschland habe "wirklich wichtigere Probleme als eine willkürliche Radikalreform an unserem gut funktionierenden Gesundheitswesen".

Auch die Ärzteschaft schaltete vorsichtshalber schon mal auf Gegenwehr. Der Präsident der Bundesärztekammer, Frank Ulrich Montgomery, nannte die Bürgerversicherung am Montag einen "Turbolader in die Zwei-Klassen-Medizin". Noch gehöre das deutsche Gesundheitssystem zu den besten der Welt.

"Wir wollen keine Rationierung, keine Wartezeiten und keine Begrenzungen der Leistungskataloge wie in den Einheitssystemen der Niederlande oder in Großbritannien", sagte Montgomery. Dort sicherten sich jene, die es sich leisten könnten, als Selbstzahler den Zugang zur Spitzenmedizin. Sollte die SPD die Bürgerversicherung zur Voraussetzung für Sondierungsgespräche mit der Union machen, hebe sie damit das deutsche System aus den Angeln. Ärztekammer-Präsident Montgomery argumentiert zum einen mit dem Wettbewerb: Erst die Existenz der Privaten sichere den hohen Versorgungsstandard auch in der gesetzlichen Krankenversicherung, schließlich müssten diese mit den hohen Leistungsversprechen der Privaten mithalten. Zum anderen wies er auf den finanziellen Aspekt eines Systemwechsels hin. Durch die Bürgerversicherung "würden der medizinischen Versorgung Mittel in Milliardenhöhe entzogen", was neben den Ärzten auch Physiotherapeuten oder Hebammen träfe.

In der Tat würde das Finanzierungsmodell der meisten Praxen ohne die kostendeckende Vergütung durch die Privatversicherungen wohl nicht mehr aufgehen. Kürzlich hatte die Bertelsmann Stiftung zwar vorgerechnet, dass Bund und Länder bis zum Jahr 2030 etwa 60 Milliarden Euro sparen könnten, wenn ihre Beamten gesetzlich statt privat versichert wären. Allerdings würde das zu Umsatzausfällen bei den Leistungserbringern von jährlich etwa 5,7 bis 6,4 Milliarden Euro führen. Und die müssten wohl zumindest zum Teil ausgeglichen werden.

Union warnt SPD vor Angriff auf Krankenkassen

Gesundheit Die Bürgerversicherung: Die größte Hürde auf dem Weg zur Großen Koalition?

Von Martin Ferber und Rudi Wais

Berlin/Augsburg Noch haben Union und SPD nicht über eine Neuaufgabe der Großen Koalition gesprochen, da bahnt sich bereits der erste Hauskrach an. Eine radikale Reform der Krankenversicherung, wie sie die Sozialdemokraten fordern, ist mit den C-Parteien nicht zu machen. Für eine sogenannte Bürgerversicherung, in die auch Beamte, Selbstständige und gut verdienende Angestellte einzahlen, „wären massive Eingriffe in bestehende private Versicherungsverhältnisse und in die Tätigkeit der privaten Versicherer nötig“, warnt der CSU-Gesundheitsexperte Georg Nüßlein gegenüber unserer Zeitung. Der Weg zu Verbesserungen im Gesundheitssystem führe nicht über eine „sozialistische Einheitsversicherung.“

Auch die Ärzte lehnen eine solche Reform ab. Die Folgen eines Einheitssystems nach britischem oder holländischem Vorbild wären Rationierung, längere Wartezeiten und eine Begrenzung der Leistungen, betonte der Präsident der Bundesärztekammer, Frank-Ulrich

Montgomery. Nicht von ungefähr gehöre das deutsche Gesundheitssystem in der gegenwärtigen Form mit freier Arztwahl und einer Medizin auf hohem Niveau zu den besten der Welt.

Zuvor hatte der SPD-Experte Karl Lauterbach die Kassenreform gewissermaßen zur Bedingung für eine Koalition gemacht: „Wir wollen eine Bürgerversicherung ohne Zwei-Klassen-Medizin.“ Sollte in diesen Gerechtigkeitsfragen keine Einigkeit erzielt werden, gebe es „nicht den Hauch einer Chance, dass die SPD-Mitglieder einem Koalitionsvertrag zustimmen würden“. Auch in einem Forderungskatalog des einflussreichen nordrhein-westfälischen Landesverbandes für die Aufnahme von Koalitionsgesprächen gehört die Bürgerversicherung zu den zentralen Forderungen.

Während die SPD mit ihr die Trennung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung aufheben und das System auf eine breitere finanzielle Basis stellen will, warnt CSU-Mann Nüßlein vor einem politischen Trugschluss: „Wenn künftig alle Versicherten Zwangsmit-

glieder in der gesetzlichen Krankenversicherung wären, würden sich die Reichen zusätzliche Gesundheitsleistungen direkt kaufen oder über teure Zusatzversicherungen finanzieren.“ Die Zwei-Klassen-Medizin, so Nüßlein weiter, „würde damit gerade herbeigeführt und nicht beseitigt“. Außerdem wären enorme Übergangsprobleme mit einem jahrzehntelangen Nebeneinander von gesetzlichen und privaten Versicherungen vorprogrammiert. Unterm Strich, warnt auch der Verband der privaten Kassen, würde die Gesundheitsversorgung für alle Bürger schlechter. Die gesetzlichen Krankenversicherer sind in dieser Frage gespalten. Die Arbeitgebervertreter im Verwaltungsrat lehnen eine Bürgerversicherung ab, die Arbeitnehmervertreter sind dafür.

Mit dem Streit um die Bürgerversicherung beschäftigt sich auch der Kommentar von Martin Ferber. Wie sie funktionieren soll, erfahren Sie in der Politik .(mit dpa)

Autor: Von Eva Quadbeck
Seite: 7 bis 7
Seitentitel: Wirtschaft

Ausgabe: Hauptausgabe
Jahrgang: 2017

Ärzte warnen vor Bürgerversicherung

Berlin Die Forderung der Sozialdemokraten nach einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen ist bei Ärzteverbänden und bei der Privaten Krankenversicherung auf eine breite Ablehnung gestoßen. „Wer die Bürgerversicherung will, der startet den Turbolader in die Zwei-Klassen-Medizin. Noch gehört unser Gesundheitssystem zu den besten der Welt, mit freier Arztwahl und einer Medizin auf hohem Niveau“, erklärte Ärzte-Präsident Frank-Ulrich Montgomery.

Die Bürgerversicherung für das Gesundheitswesen ist eine jahrelange Forderung der Sozialdemokraten. Das Modell findet sich auch in den Programmen von Linken und Grünen. Dahinter steht die Idee, perspektivisch alle Bürger in ein System gesetzlicher Krankenkassen zu integrieren, auch jene, die heute privatversichert sind, also Beamte, Selbstständige und Gutverdiener, die sich für eine private Versicherung entschieden haben.

Für Privatversicherte können Ärzte höhere Honorare abrechnen. Immer wieder werden Privatpatienten beispielsweise bei der Terminvergabe bevorzugt. Gegner des Systems aus gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen sprechen daher von einer Zwei-Klassen-Medizin.

Da die Sozialdemokraten nach dem Jamaika-Aus ihre Verhandlungsposition als stark ansehen, haben sie auch die bislang aus Unionssicht unerfüllbare Forderung wieder auf den Tisch gelegt. Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU), der ein Gegner der Bürgerversicherung ist, wollte sich gestern zur neuen Debatte nicht äußern. Vor etwa einem Jahr sagte er dazu in einem Interview mit unserer Redaktion: „Außer dem schicken Titel kann ich nichts daran finden.“ Eine Zwangsversicherung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung würde mehrere Jahrzehnte dauern, nütze also nichts

bei den jetzt anstehenden Herausforderungen. Gröhe verwies darauf, dass in Deutschland wie in nur wenigen Ländern weltweit Spitzenmedizin im Bedarfsfall unabhängig vom Geldbeutel zur Verfügung stehe.

Der Kieler Gesundheitsökonom Thomas Drabinski sieht durch die Einführung einer Bürgerversicherung das System der ambulanten Versorgung wanken. „Viele Facharztpraxen werden aufgeben müssen“, sagte Drabinski unserer Redaktion. Privatpatienten, die den Ärzten höhere Honorare bringen, würden eher breit ambulant versorgt, während es bei gesetzlich Versicherten anders herum sei. Sie würden schneller ins Krankenhaus überwiesen. Eine einheitliche Gebührenordnung, die mit einer Bürgerversicherung käme, würde Honorare auf GKV-Niveau bringen, was zur Schließung von Facharztpraxen führen werde.

Urheberinformation: (c) Rheinische Post

3Shape TRIOS
Kabelloses Scannen
#TRIOSwirelesslove



| BZÄK plädiert für Reform des dualen Systems mit Augenmaß

"Deutsches Gesundheitssystem nachbessern statt einreißen"

"Das duale System aus GKV und PKV ist das tragende Element des erfolgreichen deutschen Gesundheitswesens", betont die Bundeszahnärztekammer (BZÄK) und plädiert für Reformen mit Augenmaß.

von nb/pm | 28.11.2017 | Keine Kommentare

"Das deutsche Gesundheitssystem ist eines der besten weltweit", schreibt die BZÄK in einer Mitteilung. Grundsätzlicher Strukturreformbedarf bestehe nicht. Dennoch müssten in einer älter werdenden Gesellschaft Anpassungen von der Politik angegangen werden. PKV-Patienten sollten nicht mit ihren Beiträgen finanziell überfordert werden, GKV-Patienten sollten frühzeitig Zugang zu medizinischen Innovationen haben.

Weiter heißt es: "Für ein hochkomplexes Gesundheitssystem kann es allerdings keine simplen Lösungsmodelle wie z.B. eine Bürgerversicherung geben. Denn ein Einheitssystem wird innovationsträge, weil der Wettbewerb fehlt. Neue Behandlungsmethoden und innovative Medizinprodukte werden in Deutschland über die PKV anschubfinanziert. Damit wirkt sie als Impulsgeber für die GKV." Der internationale Vergleich zeige: In Ländern mit einheitlichen Krankenversicherungssystemen wie z.B. Großbritannien kommt es zur massiven Rationierung von medizinischen Leistungen. Als Reaktion entstehen exklusive private Versorgungsstrukturen für Besserverdiener.

In Deutschland hingegen finanzieren die beiden getrennten Versicherungssysteme eine gemeinsame medizinische Infrastruktur. „Hätte Deutschland nur ein einheitliches gesetzliches Vergütungssystem, wären sämtliche ärztlichen Leistungen nach GKV-Vorbild budgetiert – es käme zu Leistungseinschnitten und Innovationszurückhaltung. Der Wettbewerb der Systeme in Deutschland kommt letztlich allen Patienten zugute“, so BZÄK-Präsident Dr. Peter Engel. „Im europäischen Ausland gehören z.B. viele zahnmedizinische Behandlungen nicht zum Leistungsumfang der nationalen Gesundheitsdienste. Patienten müssen in diesen Ländern ihre Behandlung vollständig selbst bezahlen. Das wäre eine Verschlechterung für die Patienten in Deutschland. Deshalb sollte mit Umsicht reformiert werden und nicht zerschlagen. Ein Systemwechsel würde nach einigen Jahren die harten Folgen zeigen.“

Nummer: 2911155837

Weblink: <http://versicherungswirtschaft-heute.de/schlaglicht/spd-holt-burgerversicherung-aus-dem-grab/>

SPD holt Bürgerversicherung aus dem Grab

28.11.2017 – Mit den Sondierungsgesprächen um eine mögliche Jamaika-Koalition wurde es zunächst still um die Zukunft der privaten Krankenversicherung.

Mit dem Scheitern der Verhandlungen steht die Bildung einer neuerlichen großen Koalition auf der Tagesordnung – und damit auch wieder die Bürgerversicherung. Die Verbände sind sich in ihrer Ablehnung einer Einheitsversicherung bereits einig.

Während der engste Führungszirkel der Union bereits Gespräche über eine Neuauflage der Koalition mit den Sozialdemokraten befürwortet, setzen führende SPD-Politiker hingegen hohe Hürden. Eine zentrale Forderung ist dabei die Schaffung einer Bürgerversicherung. "Es ist klar, dass es in Deutschland Altersarmut, Zweiklassenmedizin, ungerechte Bildungschancen und Wohnverhältnisse gibt. Wir werden sehen, ob die Union bereit ist, sich in Richtung eines gerechteren Landes zu bewegen", betonte bereits SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach am Wochenende gegenüber der Welt am Sonntag.

Dabei sei die Bürgerversicherung ein "zentrales Anliegen" seiner Partei. Die SPD wolle eine "Bürgerversicherung mit einem gemeinsamen Versicherungsmarkt ohne Zwei-Klassen-Medizin", ergänzte er gegenüber der Passauer Neuen Presse. Sollte es mit der Union keine Einigung bei dieser Frage geben, "haben wir keine Chance, Neuwahlen zu verhindern".

Dennoch scheint sich die SPD Medienberichten zufolge jedoch auch in dieser Frage verhandlungsbereit zu geben. Im Gespräch ist dabei eine Art "Bürgerversicherung light": Demnach soll es den Privatversicherern auch weiter erlaubt sein, Krankenvollversicherungen im Neugeschäft anzubieten – allerdings nur zu den gleichen Konditionen wie bei den gesetzlichen Krankenkassen.

Einhellige Kritik durch die Verbände
Bei den Krankenversicherern und Gesundheitsverbänden stoßen die Pläne auf einhellige Ablehnung – allen voran natürlich beim PKV-Verband. "Deutschland hat wirklich wichtigere

Probleme als eine willkürliche Radikalreform an unserem gut funktionierenden Gesundheitswesen. Zu Recht warnen heute zahlreiche Ärzteverbände, mit den SPD-Plänen würde die Gesundheitsversorgung für alle Bürger schlechter. Der SPD-Vorsitzende hat mit Blick auf Siemens die Streichung tausender qualifizierter Jobs als 'volkswirtschaftlich irrsinnig und verantwortungslos' kritisiert. Wirklich verantwortungslos wäre es, aus parteipolitischen Motiven 68.000 qualifizierte Arbeitsplätze in der PKV zu bedrohen" betonte PKV-Verbandspräsident Uwe Laue.

"Ein Systembruch zu einer Einheitskasse würde nur Verlierer erzeugen. Zu Recht warnen heute zahlreiche Ärzteverbände, mit den SPD-Plänen würde die Gesundheitsversorgung für alle Bürger schlechter", ergänzt Laue. "Tausende Ärzte, Zahnärzte, Hebammen und viele andere Helfer müssten ihre Praxen schließen. Medizinische Innovationen würden ohne den Wettbewerb mit der PKV erschwert. Die Wartezeiten würden für alle länger. Die Generationengerechtigkeit würde geschwächt, weil nur die PKV für den demografischen Wandel vorsorgt", so der Verband.

Die Betriebsratsinitiative "Bürgerversicherung? Nein danke!" fürchtet indes ebenfalls einen massiven Arbeitsplatzverlust, sollte die einheitliche Krankenversicherung kommen. "Die Beschäftigten der Privaten Krankenversicherung leisten einen wichtigen Beitrag zu einem der besten Gesundheitssysteme der Welt. Allein mehr als 50.000 Arbeitsplätze gingen kurzfristig in der privaten Krankenversicherung bei Einführung einer Einheitskasse verloren, so eine Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Hinzu käme, dass jede Arztpraxis im Schnitt mehr als 50.000 Euro pro Jahr verlieren würde, wenn die Einnahmen aus der Privaten Krankenversicherung wegfielen", heißt es in einer Stellungnahme.

Auch die Bundesärztekammer lässt an den Überlegungen – wenig überraschend – kein gutes Haar: "Wer die Bürgerversicherung will, der startet den Turbolader in die Zwei-Klassen-Medizin. Was uns aber als gerechtere Alternative zum dualen Krankenversicherungssystem angeboten wird, ist in Wirklichkeit der direkte Weg in die Zwei-Klassen-Medizin. Hinzu kommt, dass die Private Krankenversicherung die rasche Übernahme des medizinischen Fortschritts für alle Patienten ermöglicht. Denn die Existenz der PKV führt mit einem hohen Leistungsversprechen dazu, dass auch das GKV-System versucht, einen hohen Versorgungsstandard trotz aller Sparbemühungen aufrechtzuerhalten", konstatiert Ärztekammerpräsident Frank Ulrich Montgomery. Ähnlich äußerten sich auch die anderen Ärzteverbände. "Wenn aktuell über grundlegende Reformen des Gesundheitssystems nachgedacht wird, dann sollten alle Beteiligten bedenken: Wenn der hausärztlichen Versorgung jetzt die notwendigen Mittel entzogen werden, dann wäre das ein Brandbeschleuniger für die Probleme, die es schon heute in vielen Kommunen gibt", erklärte Ulrich Weigeldt, Bundesvorsitzender des Deutschen Hausärzteverbandes.

Der Hartmannbund sieht in den Forderungen der SPD eine "populistische gesundheitspolitische Scharlatanerie". "Wer eine Einheitsversicherung will, der muss den Menschen auch sagen, dass er damit eine Einheitsversorgung auf niedrigem Niveau schafft, in der sich der sogenannte Besserverdiener durch das Einkaufen von Zusatzleistungen dann wirklich zum Gewinner einer neuen Zwei-Klassen-Medizin machen kann", konstatierte Verbandspräsident Klaus Reinhardt.

Selbst von den Krankenkassen kam Kritik an den Plänen der SPD. So löse eine Bürgerversicherung kein einziges Problem in der gesetzlichen Krankenversi-

cherung (GKV), betonte Andreas Gassen, Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV).

Ob es jedoch am Ende tatsächlich zu Koalitionsgesprächen zwischen Union und SPD kommt, werden die Gespräche bei Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier an diesem Donnerstag zeigen. (vwh/td)

Bildquelle: Thorben Wengert / PIXELIO (www.pixelio.de)

Tags: Bürgerversicherung, GKV, Krankenversicherung, PKV

Weitere Beiträge zum Thema:

Privatpatienten machen Ärzte reich

Krankenversicherung bleibt politische Dauerbaustelle

Obamacare: USA droht der Supergau

Neue Medikamente zuerst an Private – ein Vorteil für alle?

2 Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie hier klicken, wird der Button aktiv und Sie können Ihre Empfehlung an Facebook senden. Schon beim Aktivieren werden Daten an Dritte übertragen. 2 Klicks für mehr Datenschutz:

Erst wenn Sie hier klicken, wird der Button aktiv und Sie können Ihre Empfehlung an Twitter senden. Schon beim Aktivieren werden Daten an Dritte übertragen. 2 Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie hier klicken, wird der Button aktiv und Sie können Ihre Empfehlung an Twitter senden. Schon beim Aktivieren werden Daten an Dritte übertragen.

Autor: Michael Becker**Ressort:**

FOCUS MONEY online

Seite: online**Weblink:** http://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/rente/spd-stellt-groko-forderungen-so-teuer-sind-die-sozialtraeume-der-spd_id_7907700.html

SPD stellt Forderungen

Kein GroKo-Deal auf unsere Kosten! So teuer sind die Sozialträume der SPD

Die Verhandlungen über eine Große Koalition (GroKo) haben noch gar nicht begonnen, da schreibt die SPD schon öffentlich Wunschzettel - und treibt die Kosten in die Höhe. FOCUS Online erklärt, was die zusätzlichen Wahlgeschenke der Sozialdemokraten die Steuerzahler kosten würden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat vor möglichen GroKo-Verhandlungen klargestellt: Basis der Gespräche sind die jeweiligen Wahlprogramme von CDU, CSU und SPD.

Das dürfte richtig teuer werden, denn die SPD hatte ihren Wahlkampf unter das Motto "Zeit für mehr Gerechtigkeit" gestellt. Das klingt nach teuren Sozialprogrammen und steigenden Staatsausgaben.

Das ist auch tatsächlich der Fall - zahlreiche Forderungen der SPD gehen ins Geld:

1. Mehr Rente

Die SPD definierte in ihrem Wahlprogramm eine "doppelte Haltelinie":

- Das **Rentenniveau soll bei dem aktuellen Wert von 48 Prozent fixiert** werden. Dieser Wert ist eine statistische Zahl und stellt "die Relation zwischen der Höhe der Standardrente (45 Jahre Beitragszahlung auf Basis eines Durchschnittsverdienstes) und dem Entgelt eines Durchschnittsverdieners dar", wie die Deutsche Rentenversicherung definiert.

- Der monatliche Beitragssatz der Rentenversicherten soll in den kommenden Jahren auf **maximal 22 Prozent** steigen. Aktuell zahlen Arbeitnehmer 18,7 Prozent ihres Bruttogehalts an die Rentenversicherung, 2018 soll der Beitrag auf 18,6 Prozent sinken. Die beiden Festlegungen kosten Unsummen. Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) errechnete im Jahr 2015 in einer Studie die zusätzlichen Kosten für die Rentenversicherung bis zum Jahr 2029, wenn das Rentenniveau bei 47,5 Prozent festgeschrieben wird. Diese Zahlen liegen also noch

leicht unter dem von der SPD genannten Wert von 48 Prozent.

Demnach belaufen sich die addierten Zusatzausgaben der Rentenversicherung auf rund **105 Milliarden Euro** nur bis Ende 2029. Gleichzeitig steigen die Beträge jährlich stark an.

Ausgabenentwicklung in der Gesetzlichen Rentenversicherung

Die zweite Forderung der SPD lautet, die Beitragshöhe auf maximal 22 Prozent zu fixieren. Das funktioniert nur, "wenn deutlich höhere Steuerzuschüsse in die Rentenversicherung fließen oder andere Quellen erschlossen werden", erklärt IW-Experte Jochen Pimpertz FOCUS Online auf Nachfrage. Die frühere Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hatte in ihrer Rentenprognose vom Juni 2017 die Selbstständigen als zusätzlich Finanzierungsquelle ins Gespräch gebracht.

Zusätzliche Gesamtkosten in Billionenhöhe

Das Schweizer Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos errechnete außerdem kürzlich in einer Studie für die private Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) die **Gesamtsumme** bis zum Jahr 2045, die durch ein Festschreiben des Rentenniveaus bei 48 Prozent und einer Fixierung der Rentenbeiträge bei 22 Prozent anfallen würde. Ergebnis: Die Mehrkosten belaufen sich auf **1,245 Billionen Euro**. Das sind 1.245.000 Millionen Euro oder je Bundesbürger durchschnittlich 15.200 Euro!

Weitere SPD-Rentenpläne, die Zusatzkosten bringen könnten:

- **Solidarrente:** Wer mindestens 35 Jahre Beiträge gezahlt beziehungsweise entsprechende Zeiten für Kindererzie-

hung oder Pflege angerechnet bekommt, soll nach dem Willen der Sozialdemokraten Anspruch auf eine Solidarrente haben, die mindestens auf dem Niveau der Grundsicherung liegt (Hartz IV).

- **Familienarbeitszeit und Familiengeld** für pflegende Angehörige: Diese können ihre Arbeitszeit für drei Monate reduzieren und erhalten in dieser Zeit einen Beitrag, der sich an der Höhe des Elterngeldes orientiert.

Oranger Button - Der FOCUS-Online-Rentenrechner

2. Höherer Mindestlohn

Olaf Scholz, Partei-Vize und Erster Bürgermeister von Hamburg, hat jüngst in Interviews gefordert, den gesetzlichen **Mindestlohn auf zwölf Euro je Stunde** anzuheben. Derzeit liegt er bei 8,84 Euro. Das wäre ein Plus von üppigen 35,7 Prozent. Lediglich das Dachdeckerhandwerk hat derzeit mit 12,25 Euro einen Mindestlohn auf diesem Niveau. Großkonzerne können einen Sprung des gesetzlichen Mindestlohns womöglich wuppen, Mittelständler und kleine Familienunternehmen trieben das in die Enge. Wirtschaftswissenschaftler sagen Jobverluste voraus, wenn der Mindestlohn schneller steigt als die Produktivität.

Ob die SPD diese Forderung tatsächlich in einen Koalitionsvertrag schreiben will, ist derzeit offen: Die mächtige Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles gehört nicht zu den Anhängern von Scholz' Idee. Käme es doch dazu, wären die Folgen gravierend.

Als im Herbst 2016 der Mindestlohn von 8,50 Euro auf 8,84 Euro pro Stunde anstieg, errechnete die "Passauer Neue Presse" zusätzliche Kosten in Höhe von

einer Milliarde Euro für die deutsche Wirtschaft. Das Blatt berief sich auf die von der damaligen Arbeitsministerin Andrea Nahles vorgelegte Verordnung zur Anhebung des Mindestlohns.

Unterstellt, der damalige Belastungsbetrag war korrekt, dann würde sich ein Anstieg des Mindestlohns von 8,84 auf zwölf Euro rechnerisch auf **Zusatzkosten von gut neun Milliarden Euro** summieren.

Auf der anderen Seite könnte der Staat höhere Einkommen-Steuern kassieren, und die Konsumausgaben der Begünstigten würden das Wirtschaftswachstum etwas stärken. Dennoch würden die Belastungen nach Ansicht von Experten deutlich überwiegen.

3. Lockerung von Hartz IV-Regeln

Das SPD-Wahlprogramm listet ein ganzes Maßnahmenbündel auf, mit dem die Sozialdemokraten die Hartz-IV-Regeln entschärfen wollen. Das IW Köln kritisiert diese Pläne als "Unnötige Abkehr von der Agenda 2010" des früheren Kanzlers Gerhard Schröder. Die SPD fordert

- **Streichen von schärferen Sanktionen** für junge Leute unter 25 Jahren;

- **Streichen von Sanktionen wegen zu teurer Unterkunft** (Begründung: niemand soll wegen Sanktion wohnungslos bleiben);

- **Verdopplung des erlaubten "Schonvermögens"**, das bei SGB-II-Leistungen wie Hartz-IV nicht angerechnet wird. Abgesehen davon, dass solche Pläne falsche Anreize senden würden, ist auch diese Novellierung nicht umsonst zu haben.

4. Abschaffung des Soli

Hier fordert die SPD eine **Abschaffung des Solidaritätszuschlags** für untere und mittlere Einkommen. Dazu erklärt das IW Köln: Die Soli-Pläne der SPD kosten ab dem Jahr 2020 rund zehn Milliarden Euro pro Jahr. Für die laufende Legislaturperiode zwischen den Jahren 2017 und 2021 würde sich der Betrag auf **20 Milliarden Euro** addieren.

In den gescheiterten Jamaika-Verhandlungen war der gesamte finanzielle Spielraum für Steuersenkungen auf maximal 40 Milliarden Euro geschätzt worden. Die genannten Steuersenkungen würden Millionen Bürger zwar zu höheren Nettoeinkommen verhelfen. Mit der Teil-Abschaffung des Soli wäre aber bereits der halbe finanzielle Spiel-

raum ausgeschöpft.

Oranger Button - Gehaltscheck: Zum Brutto-Netto-Rechner 2017

5. Zuschüsse und Steuererleichterungen für Familien

Auch hierzu enthält das SPD-Wahlprogramm eine lange Wunschliste:

- Bundesweit **kostenlose Kita-Plätze**

- **Familiengeld: Bis zu 150 Euro monatlich für bis zu zwei Jahre für Eltern**, die sich die Kinderbetreuung partnerschaftlich aufteilen. Die Eltern müssen dafür jeweils 75 bis 90 Prozent der Vollzeit arbeiten (26 bis 26 Wochenstunden).

- **"Familientarif mit Kinderbonus" zur steuerlichen Entlastung:** Eltern und Alleinerziehende sollen bis zu 150 Euro pro Kind von ihrer Steuerlast abziehen können. Allein bundesweit kostenlose Kita-Plätze verursachen Kosten in Milliardenhöhe. Zahlen aus dem Jahr 2015 belegen das: Nach Angaben des Bundesfamilienministeriums lagen damals die gesamten Kosten für Kindertagesbetreuung bundesweit bei 26,9 Milliarden Euro. Davon entfielen 6,3 Milliarden Euro auf private Geldgeber, darunter die Eltern. Wären Kita-Plätzen für alle Kinder komplett kostenlos, fehlten den Gemeinden mehrere Milliarden Euro pro Jahr. Es sei denn Bund und Länder kämen für die Ausfälle auf.

Zu den Kita-Kosten addieren sich weitere Belastungen für die Staatskasse, die Familien ein höheres Netto-Einkommen beschere, auf Kosten der übrigen Steuerzahler. "Kinderbonus und Steuertarifänderungen belaufen sich auf **zirka sieben Milliarden Euro pro Jahr**", schreiben die IW-Experten.

6. Einführung einer Bürgerversicherung

Sie gilt als zentrale Forderung der SPD. Die Partei will mit diesem Instrument die Zweiteilung des deutschen Gesundheitssystems in gesetzliche Krankenkassen und private Krankenversicherung (PKV) überwinden. Anders als von vielen befürchtet, will die SPD aber die private Krankenversicherung nicht sofort komplett abschaffen. Genauso wenig will sie offenbar alle PKV-Versicherten in die gesetzlichen Kassen zwingen. Diejenigen, die bisher privat versichert sind, sollen **für ein Jahr befristet wählen** können, ob sie wechseln möchten.

Derzeit Privatversicherte müssen nach

den Plänen nicht zwangsweise in eine Bürgerversicherung wechseln. Alles andere wäre auch rechtlich höchst umstritten. Es ist zum Beispiel völlig unklar, was mit den Altersrückstellungen geschieht, die jeder privat Krankenversicherte im Laufe der Jahre angesammelt hat. Diese betragen teilweise mehrere zehntausend Euro pro Person.

Deshalb kam ein Rechtsgutachten im Auftrag des Bundestags schon im Jahr 2010 zu dem Ergebnis: "Die Verfassungsmäßigkeit der Bürgerversicherung ist in der rechtswissenschaftlichen Literatur sehr umstritten."

Ärzte und Wirtschaftsverbände kündigen Widerstand an

Die Ärztelobby hat seit längerem ihren massiven Widerstand gegen die SPD-Pläne angemeldet. Würde die PKV komplett verschwinden, verlöre jeder niedergelassene Arzt laut Schätzung des Ärzteblatts rund 50.000 Euro Umsatz - pro Jahr!

Auch die vbw (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.) wandte sich diese Woche massiv gegen die Einführung einer Bürgerversicherung. Am 28. November 2017 erklärte vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt in einer Pressemitteilung, eine Bürgerversicherung würde das "wirtschaftliche Aus" für die PKV bedeuten - mit gravierenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Allein in Bayern "wären von einer Bürgerversicherung rund 13.000 Arbeitsplätze in München, Nürnberg und Coburg betroffen", so Brossardt. Laut dem Text sind 20 Prozent der PKV-Mitglieder bei Anbietern mit Sitz in Bayern versichert. Rechnet man diese Zahlen hoch, könnten deutschlandweit deutlich mehr als 50.000 PKV-Jobs auf der Kippe stehen. Mögliche neue Stellen bei einer Bürgerversicherung wären allerdings gegenzurechnen.

Einbettungscode - Private Krankenversicherung

Im Video: Nahles träumt von Wunderrente - "Kostet bis 2027 keine zusätzlichen Steuern" Neuer Generationenvertrag - Nahles träumt von Wunderrente: "Kostet bis 2027 keine zusätzlichen Steuern"

Autor: Sigmund, Thomas/ Specht, Frank

Serientitel: Deutscher Arbeitgebertag
(Handelsblatt-Beilage)

Seite: 001

Nummer: 230

Ressort: Seite 1 | Tagesthema

Wirtschaft warnt GroKo

Die Annäherung von Union und SPD stößt in der Wirtschaft nicht nur auf Unterstützung. Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer fürchtet eine Regierungsbildung um jeden Preis und neuen Staatsdirigismus in der Sozialpolitik.

Die Wirtschaft pocht auf eine rasche Regierungsbildung - aber nicht um jeden Preis. "Wenn jetzt die SPD mit Maximalforderungen zurück auf das Spielfeld will, dann warne ich vor den Folgen für die Gesellschaft und die deutsche Wirtschaft", sagte Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer im Handelsblatt-Interview.

Die neue Regierung sollte sich vor höheren Steuern und Sozialbeiträgen ebenso hüten wie vor einem Angriff auf die private Krankenversicherung, der nur zu mehr "Staatsdirigismus" führen würde, warnte Kramer. Der BDA-Präsi-

dent erwartet eine schnelle Regierungsbildung, alles andere wäre angesichts der rechnerisch möglichen Mehrheiten ein "Armutszeugnis".

Vor dem Deutschen Arbeitgebertag an diesem Mittwoch fordert auch der Präsident des Wirtschaftsverbands Unternehmer NRW, Arndt G. Kirchhoff, einen Masterplan mit konkreten Zielvorgaben für die nächsten zehn Jahre. Deutschland müsse die digitale Transformation meistern, mehr investieren und das Bildungssystem reformieren. Antworten auf solche Fragen "findet wohl kaum eine parteiübergreifende Koalition der Verteilungspolitik, sondern nur eine

nachhaltige innovations- und investitionsfördernde Wirtschaftspolitik", sagte Kirchhoff.

Ob Kanzlerin Angela Merkel und SPD-Chef Martin Schulz die Mahnungen der Wirtschaft ernst nehmen, wird sich in den nächsten Wochen zeigen.

Interview, Leitartikel Seiten 4, 5, 12

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Die Abgeordneten sollten ihren Job machen.

Ingo Kramer Arbeitgeberpräsident

Abbildung: Nils Broer

Urheberinformation: Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2017: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

Seite: 1 bis 2

Große Koalition: „Maximal-Forderungen der SPD schaden der Wirtsch... <http://www.focus.de/finanzen/news/grosse-koalition-maximal-forderu...>

MONEY

ABQ f t

Suche

Login

• Politik • Finanzen • Wissen • Gesundheit • Kultur • Panorama • Sport • Digital • Reisen • Auto • Immobilien • Video • Mein Local

EILMELDUNG [Bericht: Machtkampf im Weißen Haus: Trump will US-Außenminister Tillerson absetzen](#) + + +

Nachrichten Finanzen Wirtschafts-News Große Koalition: „Maximal-Forderungen der SPD schaden der Wirtschaft“

Kosten einer Großen Koalition Arbeitgeber-Präsident warnt: „Maximal-Forderungen der SPD schaden der Wirtschaft“

Teilen

Anzeige

5 TopAktien vor Explosion
5 TopAktien, die (noch) günstig zu haben
es zu spät ist
DFF

0



BDA-Präsident Ingo Kramer

dpa/Sophia Kembowski

Mittwoch, 29.11.2017, 10:35

Die SPD hat gerade Oberwasser, weil sie von der Union als Partner für eine neue Große Koalition umworben wird. Auch wenn die SPD noch mit sich ringt, fordern viele prominente Parteivertreter: "Wir machen mit, wenn wir unser Programm durchkriegen." Arbeitgeber-Präsident Ingo Kramer warnt vor unbezahlbaren Folgen.

Ingo Kramer hat als Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) eine gewichtige Stimme in der ökonomischen Diskussion. Er kritisiert in einem aktuellen Interview die zögerliche Regierungsbildung in [Berlin](#). Kramer verlangt, dass sich die Parteien endlich auf eine Regierungsbildung verständigen. Kramer rät der Union aber, die [SPD in ihren Ausgaben-Fantasien zu bremsen](#), wie das [„Handelsblatt“](#) am Mittwoch berichtet.

Chef-Lobbyist Ingo Kramer erhöht den Druck auf [CDU/CSU](#) und SPD, zügig eine Regierung auf die Beine zu stellen. Nebenbei bekommt auch [die FDP](#) ihr Fett ab – [Kramer hätte sich bei ihr „mehr Sitzfleisch“ in den Jamaika-Verhandlungen gewünscht](#).

"Steuererhöhungen sind derzeit völlig überflüssig"

Doch Kramers Kritik konzentriert sich auf [die SPD](#). Ihre ursprüngliche Komplet-Verweigerung am Einstieg in eine Bundesregierung habe er nie verstanden. Kramer räumt ein, dass jede Regierungspartei ihre Identität wahren müsse. „Aber wenn jetzt die [SPD](#) plötzlich mit Maximalforderungen zurück auf das Spielfeld will, dann warne ich vor den Folgen für die Gesellschaft und die deutsche Wirtschaft“, erklärt Kramer.

Er konkretisiert seine Vorbehalte: Geplante Steuererhöhungen seien „in Zeiten höchster Steuerüberschüsse völlig unnötig“. Besonders die von der SPD geplante Bürgerversicherung ist Kramer ein Dorn im Auge. Grundsätzlich befürchtet Kramer „Staatsdirigismus anstelle von bewährtem Wettbewerb“.

Kramer wendet sich auch gegen die Forderung von Partei-Vize Olaf Scholz, der den gesetzlichen [Mindestlohn](#) von derzeit 8,84 Euro auf zwölf Euro anheben will. Der Arbeitgeber-Verehrer schließt sich der SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles an, die Scholz' Plan ablehnt.

Gehaltscheck: Zum Brutto-Netto-Rechner 2017

So viel netto bleibt Ihnen vom Brutto

"Kein gesetzliches Rückkehr-Recht in Vollzeit-Arbeit"

Kramer spricht sich ebenso gegen andere Kernforderungen der SPD aus. Ein geplantes gesetzliches Recht der Rückkehr vom Teilzeit- auf den Vollzeitjob lehnt Kramer – wenig überraschend – mit dem Argument ab, dass die Unternehmen die Planungshoheit über Beschäftigenverhältnisse behalten müssten.

Bei den gescheiterten Jamaika-Verhandlungen wollten die beteiligten Parteien das Niveau der Sozialbeiträge unter 40 Prozent halten. Kramer mahnt eine mögliche GroKo, diese Position zu übernehmen. Er verweist auf die üppig sprudelnden Überschüsse bei Rentenversicherung und vielen Krankenkassen. Das sei dem deutschen Jobwunder zu verdanken. Wer Arbeit verteuern wolle, gefährde den aktuellen Höhenflug.

Kramer gibt sich optimistisch: Bleibt die Beschäftigungsquote auf Rekordniveau, hat die Rentenversicherung genügend Geld für die zukünftigen Herausforderungen. Der BDI-Chef warnt davor, das aktuelle Erfolgsmodell zu gefährden.

JOB-BÖRSE

Mit wenigen Klicks Karriere machen [Hier geht es zu den Stellenangeboten](#)

Im Video: Geheimpapier zeigt: Jamaika-Parteien haben mit falschen Zahlen gerechnet



Internes Papier zeigt: Jamaika-Parteien haben die ganze Zeit mit falschen Zahlen gerechnet

FOCUS Online/Wochit

Bargeldverbot in Deutschland - Er des Bargeldes eingeläutet

Achtung: Totales Bargeldverbot steht kurz bevor. Jetzt Gratis-R
aktionaeer-report.de/bargeldverbot

mbe

Das könnte Sie auch interessieren



Regional

Von drei Tätern attackiert - Mann bricht nach
Messerangriff zusammen



Finanzen

GroKo: Union soll Ende der privaten
Krankenversicherungen mittragen



SOLARANLAGE

Was kostet eine Solaranlage 2018?

Rosenheim ▾

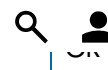
Mühldorf ▾

Politik

Wirtschaft ▾

Bayern

Weltspiegel



Dienste stimmen Sie unserer Verwendung von Cookies zu. [Weitere Informationen](#)

🏠 ▶ Politik ▶ „Meine Kollegen haben Angst“

29.11.17

4 FRAGEN AN

„Meine Kollegen haben Angst“



Anton Wald © OVB

Anton Wald ist Betriebsratsvorsitzender bei der Allianz Private Krankenversicherung in München.

Herr Wald, die SPD will die Bürgerversicherung – und macht das zur Bedingung für eine Große Koalition. Sorgen Sie und Ihre Kollegen sich um Ihren Arbeitsplatz?

ZEITUNGSANZEIGEN

Immobilien Job

Kleinanzeigen Auto

Trauer Bekanntschaften

Kontakt

Zeitungsanzeige aufgeben



[Wir über uns](#)

[Abo- und Leserservice](#)

[Anzeigen](#)

[Kontakt](#)

VON GROSSEM INTERESSE

- 1 Pressestimmen
- 2 Vogel: Großer Respekt vor Schulz
- 3 Spitzen vor dem Spitzentreffen
- 4 Nordkorea hat USA in Reichweite

Rosenheim | ▼

Mühldorf | ▼

Politik

Wirtschaft | ▼

Bayern

Weltspiegel



Für darauf angesprochen. Sie müssen sich vorstellen:
Für die privaten Krankenversicherer und ihre Mitarbeiter
geht es um circa 50 000 Arbeitsplätze.

**Einigung offenbar in
Reichweite**

Das ist übertrieben, sagt Karl Lauterbach von der SPD.
Schließlich könnten die Privatversicherungen auch die
Bürgerversicherung anbieten.

- Reklame -

Das sagt Herr Lauterbach. Aber die Allianz zum Beispiel
ist ein privates Unternehmen. Es gelten andere Regeln
und Gesetze als für die gesetzlichen Kassen, die
Körperschaften öffentlichen Rechts sind und bereits
jetzt 90 Prozent der Deutschen versichern. Ich glaube
nicht, dass Unternehmen sich auf einen solchen
Wettbewerb einlassen würden. Man könnte vielleicht
Zusatzversicherungen anbieten. Doch ob das ausreicht,
um zu überleben?

Sie stemmen sich mit einer bundesweiten
Betriebsratsinitiative gegen die Bürgerversicherung.

Ja, wir haben schon bei den letzten beiden
Bundestagswahlen dagegen gekämpft. Wir haben viele
Gespräche mit Politikern geführt, vor allem mit denen,
die eine Bürgerversicherung wollen. Aber da sind wir
leider oft auf viel Ideologie oder wenig Sachverstand
gestoßen. SPD-Chef Martin Schulz wollte vor der Wahl
nicht einmal mit uns sprechen. Der Mann stellt sich hin
und nennt den Abbau von 3000 Stellen bei Siemens
asozial. Aber um die über 50 000 Arbeitsplätze in der
Versicherungsbranche und die vielen weiteren, die an
diesem System hängen, macht er sich keine Gedanken.

Aber Sie können doch auch nicht bestreiten, dass das
bisherige System Schwächen hat.

Das deutsche Gesundheitswesen ist weltweit das beste.
Aber auch bei uns kann noch einiges besser werden.
Auch die Privaten Versicherungen müssen ihr Modell
überarbeiten und tun dies bereits. Wir als Betriebsrat
setzen uns dafür ein. Aber ich kämpfe auch für den
Erhalt von Arbeitsplätzen. Wenn Herr Schulz oder Herr
Lauterbach eine Lösung haben, die nicht 50 000 Jobs
gefährdet, sind wir dabei. Aber auf die Frage, wie das
funktionieren kann, kam nie eine Antwort.

Autor: David Böcking/ Florian Diekmann **Jahrgang:** 2017
Quellrubrik: Wirtschaft / Verbraucher & Service **Nummer:** 0
Weblink: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/buergerversicherung-wird-zum-streitthema-der-grossen-koalition-a-1180771.html>

Sorge um Zwei-Klassen-Gesundheitsversorgung

Der Kampf um die Bürgerversicherung

Schluss mit privat und gesetzlich: Die SPD will eine Bürgerversicherung zur Kernforderung für Koalitionsgespräche machen, die Union lehnt das klar ab. Wird das Gesundheitssystem zum nächsten Zankapfel der GroKo?

"Wie sind Sie versichert?" Von der Antwort auf diese Frage hängt einiges ab, nicht nur in Nordrhein-Westfalen. Als die Grünen dort im April Testanrufe in 405 Facharztpraxen machen ließen, mussten gesetzlich Versicherte im Schnitt 27 Tage länger auf einen Termin warten als Privatpatienten.

Mit solchen Ungleichbehandlungen müsse Schluss sein, fordert die SPD. Zu einer Kernforderung für Koalitionsgespräche mit der Union hat sie die sogenannte **Bürgerversicherung** erklärt. Das bisherige System bedeute "eine direkte Einladung, Privatpatienten zu bevorzugen", sagte Gesundheitsexperte Karl Lauterbach dem SPIEGEL.

Einen Großteil der Bevölkerung hätten die Sozialdemokraten wohl auf ihrer Seite, in Umfragen sprechen sich regelmäßig deutliche Mehrheiten für eine Bürgerversicherung aus. Doch da ist noch der potenzielle Koalitionspartner. "Die Einführung einer sogenannten Bürgerversicherung lehnen wir ab", heißt es im Unions-Wahlprogramm. "So wird das nichts", warnte auf Twitter Ex-Gesundheitspolitiker Jens Spahn (CDU), mit dem Lauterbach bereits 2013 vergeblich über eine Bürgerversicherung verhandelt hatte.

Und nicht nur von der Union kommt Gegenwind. Nachdem Lauterbach die Bürgerversicherung zu einem zentralen Anliegen möglicher Koalitionsgespräche erklärt hatte, liefen deutsche Ärztevertreter Sturm: Erst eine Bürgerversicherung bedeute den "Turbolader in die Zwei-Klassen-Medizin", behauptete Bundesärztekammer-Präsident Frank-Ulrich Montgomery.

Wird die Bürgerversicherung also zum nächsten Spaltpilz zwischen Union und SPD, deren mögliche Koalitionsgespräche schon jetzt von Eklats um einsame

Entscheidungen bei Glyphosat und Europäischer Bankenaufsicht überschattet werden? Oder könnte die SPD ihre Forderung trotz des Widerstands durchsetzen?

Die meisten haben schon heute keine Wahl

Es gibt zur Bürgerversicherung verschiedene Konzepte, die sich zum Teil stark unterscheiden. Auf jeden Fall würde sie aber bedeuten: Wer sich künftig krankenversichern will, kann das nur noch in einem **einheitlichen System** tun.

Die große Mehrheit der Deutschen hat freilich schon heute keine Wahl - wer abhängig beschäftigt ist und weniger als 4350 Euro im Monat verdient, landet zwangsläufig in der gesetzlichen Krankenversicherung. Angestellte mit höherem Einkommen können hingegen entscheiden, ob sie sich lieber privat versichern - ebenso wie Selbstständige, Beamte und Abgeordnete. Diese Wahl fiele künftig weg.

Das würde zu einer einheitlichen **Honorarordnung** führen. Bislang erhält ein Arzt für einen Kassenpatienten nach einem komplizierten System Geld - und weiß erst im Nachhinein, wie viel genau. Für privat Versicherte kann er nach der Gebührenordnung für Ärzte abrechnen, was in der Regel nicht nur wesentlich höhere Einnahmen bedeutet, sondern auch Planungssicherheit. "In zwei Stunden mit Privatpatienten verdient ein Arzt in etwa so viel wie in fünf Stunden mit gesetzlich Versicherten", kritisiert SPD-Mann Lauterbach.

Bei Bürgerversicherten erhielten Ärzte, Krankenhäuser oder Apotheker dagegen für die gleiche Leistung das gleiche Geld. Damit fielen Anreize weg, Patienten bei Terminvergabe oder Behandlungsmethode zu bevorzugen, ihnen

aber auch möglicherweise überflüssige oder sogar schädliche Behandlungen zu empfehlen. "Dass es ein Anreizproblem gibt, würde ich sofort unterschreiben", sagt auch der CDU-Gesundheitsexperte Michael Hennrich.

Schreckgespenst Großbritannien

Allerdings wäre der Übergang zu Bürgerversicherung schleichend: Alle bisherigen Privatpatienten in die Bürgerversicherung zu zwingen, dürfte schon rechtlich nicht möglich sein. Für sie würde es wohl noch jahrzehntelang Privatpatienten und eine eigene Gebührenordnung geben.

Ganz abgeschafft würde die Zwei-Klassen-Medizin ohnehin nicht: Denn **Zusatzversicherungen** bieten auch gesetzliche Kassen an. Wer sie sich leisten kann, könnte auch in Zukunft Privilegien wie Chefarzt-Behandlung, Einzelzimmer oder teuren Zahnersatz genießen. Vor diesem Hintergrund warnte Ärztekammerpräsident Montgomery vor ähnlichen Zuständen wie in Großbritannien, dessen aus Steuermitteln finanziertes Gesundheitssystem NHS immer wieder in der Kritik steht. "Das ist Unsinn", entgegnet Lauterbach. "Das britische Gesundheitssystem ist eine Katastrophe, weil es komplett unterfinanziert ist." Auf der Insel gebe es zu wenig Ärzte und Kliniken: "Wir haben dagegen die höchste Dichte an Kliniken und Fachärzten in Europa, daran würde sich auch nichts ändern." Die Gesamtsumme der Honorare für Ärzte wolle man nicht kürzen, sondern sie nur anders verteilen.

Aber zwingt der **Wettbewerb** durch Private die gesetzlichen Anbieter bisher nicht auch zu besseren Angeboten? "Alle innovativen Verfahren die es gibt, sind auch bei gesetzlich Versicherten im Einsatz", sagt Lauterbach. Wer aller-

dings am falschen Ort wohne, komme heute nicht in ihren Genuss - weil sich Spezialisten bevorzugt in **Gegenden mit vielen Privatpatienten** ansiedeln. Nach Ansicht des SPD-Mannes würde der Innovationsdruck mit einer Bürgerversicherung sogar steigen - weil dann auch die Entscheidungsträger mit im Boot säßen. "Richter, Professoren, Staatssekretäre - wir sind ja alle privat versichert und von den Entscheidungen, die wir treffen, bislang nicht betroffen." Vereinheitlicht würden die Regeln auch bei den **Beiträgen**. Sie würden sich allein nach dem Einkommen der Versicherten richten - und nicht nach ihrem Alter und Gesundheitszustand, wie derzeit in der privaten Krankenversicherung. Für Jüngere wäre eine Bürgerversicherung damit eher teurer als eine private Versicherung, für Ältere eher günstiger. Profitieren dürften in jedem Fall Selbstständige mit kleinen Einkommen, die derzeit unter einem Mindestbeitrag von knapp 400 Euro im Monat in der privaten Versicherung leiden.

Steigen oder fallen die Beiträge?

Ob eine Bürgerversicherung höhere oder

niedrigere Beitragssätze als die jetzigen gesetzlichen Krankenkassen nehmen würde, ist offen. Die Bertelsmann-Stiftung kam zu dem Schluss, dass sowohl die Aufnahme von Beamten als auch die von Selbstständigen nicht zu höheren Beiträgen führen würden und die Staatskassen sogar entlasten könnte. Doch ob es wirklich so kommt, hängt auch von der konkreten Ausgestaltung einer Bürgerversicherung ab.

Fällt etwa auch die **Beitragsbemessungsgrenze** - also der Höchstbetrag, bis zu dem sich die Krankenkassenbeiträge am Gehalt orientieren? Werden Beiträge nur auf Arbeitseinkommen erhoben oder auch auf Zinsen, Mieten und Dividenden? Dürfen alle Privatversicherten in die Bürgerversicherung wechseln - auch jene in hohem Alter mit dementsprechend hohen Beiträgen?

Die SPD hat im Wahlkampf ein eher moderates Konzept vertreten. Demnach würde die Beitragsbemessungsgrenze beibehalten, Kapitalerträge blieben weiterhin beitragsfrei. Damit ist man der Union zumindest näher als die Linke, die einen Wegfall der Beitragsbemes-

sungsgrenze und Beiträge auf alle Einkommensarten fordert.

Auch auf Unions-Seite gibt es Verhandlungsbereitschaft. CDU-Experte Hennrich ist zwar gegen eine Bürgerversicherung, befürwortet aber zumindest eine einheitliche Honorarordnung. "Das könnte viele Probleme lösen, die wir heute haben", sagt er. Allerdings reiche es nicht, einfach die bisherigen Vergütungsregeln für private oder gesetzliche Patienten auszuweiten. Notwendig sei vielmehr ein "insgesamt neues System". Sollte dieses System am Ende nicht Bürgerversicherung heißen, wäre der Triumph für die SPD ziemlich eingeschränkt. Doch auch Lauterbach gibt sich nach den Auseinandersetzungen der letzten Tage zurückhaltend. Die Bürgerversicherung sei eine von mehreren SPD-Forderungen für mehr Gerechtigkeit, sagt er. "Bedingungen sollte zum jetzigen Zeitpunkt niemand stellen." Schließlich sei eine Jamaika-Koalition "auch daran gescheitert, dass man öffentlich über Kompromisslinien diskutiert hat".

Abbildung:

Wartezimmer in Minden

Seite: 18
Ressort: Wirtschaft
Seitentitel: Wirtschaft

Ausgabe: Hauptausgabe
Nummer: 278

Kauder gegen Bürgerversicherung

Lauterbach: Einführung keine Bedingung für Koalition

ami./ban. BERLIN, 29. November. CDU und CSU lehnen den von der SPD verlangten Umbau der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung in eine Bürgerversicherung ab. "Die Union will das Miteinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung erhalten", sagte der Vorsitzende der Fraktionen von CDU und CSU, Volker Kauder (CDU), dieser Zeitung. Das System habe sich bewährt. In kaum einem Land gebe es trotz mancher Mängel "eine so gute Krankenversicherung wie bei uns". Er habe die Forderung nach Einführung

der Bürgerversicherung "nicht von der SPD insgesamt gehört, sondern nur von deren Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach", sagte Kauder.

Wie zur Bestätigung ging der SPD-Vorsitzende Martin Schulz auf das Thema Bürgerversicherung und Gesundheitspolitik gar nicht ein, als er am Mittwoch vor dem Arbeitgebertag sprach. Die Wirtschaft wendet sich gegen den von der SPD im Wahlprogramm verlangten Umbau und die geplante Erhöhung des Arbeitgeberanteils als Schritt zur Bürgerversicherung. Im Gegenzug will die

SPD den Zusatzbeitrag der Versicherten abschaffen. Lauterbach selbst schaltete nach den Kontroversen der vergangenen Tage einen Gang zurück. Die Bürgerversicherung sei eine von mehreren SPD-Forderungen für mehr Gerechtigkeit, wurde er von "Spiegel Online" zitiert. "Bedingungen sollte zum jetzigen Zeitpunkt niemand stellen." Das SPD-Modell belässt den Privatversicherungen nur noch eine Rolle als Anbieter von Zusatzversicherungen.

Seite: 1 bis 1

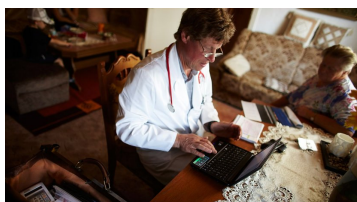
SPD-Vorschlag: Bürgerversicherung für Beamtenbund "eine rote Linie" ... <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-11/beamtenbund-lehnt-spd-bu...>

SPD-Vorschlag

Bürgerversicherung für Beamtenbund "eine rote Linie"

Der Beamtenbund ist gegen den SPD-Vorschlag einer Bürgerversicherung. Die meisten Beamten sind privat krankenversichert und bekommen dafür Zuschüsse ihres Dienstherrn.

30. November 2017, 4:39 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, dsc / 792 Kommentare



Die Frage nach einer Bürgerversicherung könnte zur Hürde für eine mögliche große Koalition werden. © Carsten Koall/Getty Images

Der Beamtenbund lehnt die von der SPD [<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-11/spd-wahlniederlage-cdu-thueringen-landtagswahl>] wieder ins Gespräch gebrachte Bürgerversicherung [<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-11/spd-bedingungen-grosse-koalition-landesverband-nordrhein-westfalen>] ab. "Wir werden jedem Versuch entgegentreten, Versorgung und Rente, Beihilfe, PKV und gesetzliche Krankenversicherung in einen Topf zu werfen", sagte Beamtenbund-Chef Ulrich Silberbach. "Wer das bewährte eigenständige und verfassungsrechtlich verankerte Sicherungssystem der Beamten nachhaltig verschlechtern oder gar gänzlich auflösen will, überschreitet eine rote Linie."

Die Forderung nach einer Bürgerversicherung kam in der SPD im Zusammenhang mit möglichen Sondierungen mit der Union über eine Neuauflage der großen Koalition [<http://www.zeit.de/2017/49/regierung-grosse-koalition-politik-aufgaben>] auf. SPD, Linke und Grüne setzen sich in verschiedenen Varianten für die Abschaffung der Privaten Krankenversicherung (PKV) ein und streben eine gesetzliche Bürgerversicherung für jeden an. ANZEIGE

Die meisten Beamten sind privat versichert. Doch die hohen Beiträge der PKV zahlen sie nicht. Von ihren Dienstherrn bekommen sie eine Beihilfe zwischen 50 und 80 Prozent für die Krankheitskosten.

Silberbach sagte: "Wir können die Funktionsfähigkeit unseres Staatswesens, deren Rückgrat nun einmal die Beamten mit ihrem besonderen und entsprechend alimentierten Pflicht- und Treueverhältnis sind, nicht auf dem Altar einer vermeintlichen sozialen Gerechtigkeit opfern."

ANZEIGE

ANZEIGE

Seite: 1 bis 2

Druckversion - Schrille Warnung: Beamtenbund sieht durch Bürgerversicherung Sta... Seite 1 von 3

SPIEGEL ONLINE

30. November 2017, 09:40 Uhr

Schrille Warnung

Beamtenbund sieht durch Bürgerversicherung Staatswesen gefährdet

Die SPD würde in einer Großen Koalition gern die private Krankenversicherung abschaffen. Das gefährde aber die "Funktionsfähigkeit unseres Staatswesens", behauptet der Beamtenbund.

Erst liefen die Lobbyvertreter der **Ärzte Sturm gegen den Vorstoß der SPD**, in einer möglichen Großen Koalition mit der Union das Ende der privaten Krankenversicherung (PKV) durchzusetzen - nun folgen die Interessenvertreter der Beamtenschaft.

Der Beamtenbund (dbb) lehnt die SPD-Idee einer einheitlichen Bürgerversicherung - anstelle von gesetzlicher und privater Krankenversicherung - entschieden ab. Man werde "jedem Versuch entgegentreten, Versorgung und Rente, Beihilfe, PKV und gesetzliche Krankenversicherung in einen Topf zu werfen", sagte Beamtenbundchef Ulrich Silberbach.

Seine Warnung klingt schrill: Der Beamten-Vertreter sieht durch eine Abschaffung der privaten Krankenversicherung sogar "die Funktionsfähigkeit unseres Staatswesens" gefährdet, deren "Rückgrat nun einmal die Beamten mit ihrem besonderen und entsprechend alimentierten Pflicht- und Treueverhältnis sind". Die SPD wolle das "auf dem Altar einer vermeintlichen sozialen Gerechtigkeit opfern". Es drohen "Versorgungsengpässe und lange Wartelisten".

Das Wichtigste zum Streit finden Sie hier: **Kampf um die Bürgerversicherung**

Im Zusammenhang mit möglichen Sondierungen zwischen Union und SPD über eine Neuauflage der großen Koalition war in der SPD erneut die Forderung nach einer Bürgerversicherung aufgekommen.

SPD, Linke und Grüne setzen sich in verschiedenen Varianten für die Abschaffung der Privaten Krankenversicherung (PKV) ein und streben eine gesetzliche Bürgerversicherung für jeden an. Einheitliche Honorarregelungen für Ärzte sollen "Sonderbehandlungen" von Privatpatienten entgegenwirken.

Die meisten Beamten sind privat versichert, weil sie von ihrem Dienstherrn eine sogenannte Beihilfe zwischen 50 und 80 Prozent für die Krankheitskosten bekommen und damit nicht die entsprechend hohen Beiträge der PKV bezahlen müssen.

Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung von vor etwa einem Jahr könnte der Staat in den nächsten 15 Jahren bis zu 60 Milliarden Euro einsparen, wenn er diese Beamten-Beihilfe abschaffen würde. Allerdings gibt es auch andere Studien, die in

einer "Zwangsvereinigung" von privater und gesetzlicher Krankenversicherung eher ein Defizitgeschäft sehen.

beb/dpa-AFX

URL:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/buergerversicherung-beamtenbund-laeuft-sturm-gegen-vorstoss-der-spd-a-1181016.html>

Verwandte Artikel:

Sorge um Zwei-Klassen-Gesundheitsversorgung: Der Kampf um die Bürgerversicherung (29.11.2017)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/buergerversicherung-wird-zum-streitthema-der-grossen-koaliton-a-1180771.html>

Glyphosat-Entscheidung: Merkel rügt Alleingang von Minister Schmidt (28.11.2017)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-kritisiert-christian-schmidt-fuer-alleingang-bei-glyphosat-zulassung-a-1180724.html>

SPD-Forderung an GroKo: Ärzte laufen Sturm gegen Bürgerversicherung (27.11.2017)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/groko-spd-fordert-buergerversicherung-aerzte-laufen-sturm-a-1180515.html>

Bankenaufsicht in Paris statt Frankfurt: Heimliche Rebellion gegen Merkel? (27.11.2017)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eba-bankenaufsicht-suche-nach-der-deutschen-stimme-a-1180202.html>

SPD vor der GroKo-Entscheidung: Merkels Bettvorleger? (27.11.2017)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-und-grosse-koalition-angela-merkels-bettvorleger-kolumne-a-1180483.html>

Nach Führungstreffen: CDU-Spitze für Gespräche über Große Koalition (27.11.2017)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-spitze-einhellig-fuer-gespraech-ueber-grosse-koalition-a-1180418.html>

Mögliche Große Koalition: Ja, aber (26.11.2017)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/moegliche-grosse-koalition-union-stellt-bedingungen-a-1180373.html>

Mögliche GroKo: Ökonomen fürchten höhere Staatsausgaben (26.11.2017)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/grosse-koalition-oekonomen-erwarten-hoehere-sozialausgaben-a-1180365.html>

Gespräche mit SPD: Junge Union will GroKo bis Weihnachten, sonst... (26.11.2017)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/junge-union-will-grosse-koalition-mit-spd-bis-weihnachten-a-1180342.html>

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/buergerversicherung-beamtenbund-laeuft-st...> 30.11.2017

Seite: online **Ressort:** FOCUS MONEY online
Weblink: http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/beamtenbund-entschieden-gegen-buergerversicherung-der-spd_id_7916739.html

Beamtenbund entschieden gegen Bürgerversicherung der SPD

Der Beamtenbund (dbb) lehnt die von der SPD wieder ins Gespräch gebrachte sogenannte einheitliche Bürgerversicherung entschieden ab.

Beamtenbundchef Ulrich Silberbach sagte der Deutschen Presse-Agentur: "Wir werden jedem Versuch entgegen-treten, Versorgung und Rente, Beihilfe, PKV und gesetzliche Krankenversicherung in einen Topf zu werfen. Wer das bewährte eigenständige und verfassungsrechtlich verankerte Sicherungssystem der Beamten nachhaltig verschlechtern oder gar gänzlich auflösen will, überschreitet eine rote Linie."

Im Zusammenhang mit möglichen Sondierungen zwischen Union und SPD über eine Neuaufgabe der großen Koalition kam in der SPD erneut die Forderung nach einer Bürgerversicherung auf. SPD, Linke und Grüne setzen sich in verschiedenen Varianten für die Abschaffung der Privaten Krankenversicherung (PKV) ein und streben eine gesetzliche Bürgerversicherung für jeden an. Einheitliche Honorarregelungen für Ärzte sollen "Sonderbehandlungen" von Privatpatienten entgegenwirken.

Die meisten Beamten sind privat versichert, weil sie von ihrem Dienstherrn eine sogenannte Beihilfe zwischen 50 und 80 Prozent für die Krankheitskosten bekommen und damit nicht die entsprechend hohen Beiträge der PKV bezahlen müssen.

Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung von vor etwa einem Jahr, die allerdings sehr umstritten ist, könnte

der Staat in den nächsten 15 Jahren bis zu 60 Milliarden Euro einsparen, wenn er diese Beamten-Beihilfe abschaffen würde. Allerdings gibt es auch andere Studien, die in einer "Zwangsvereinigung" von privater und gesetzlicher Krankenversicherung eher ein Defizitgeschäft sehen.

Silberbach argumentierte weiter: "Wir können die Funktionsfähigkeit unseres Staatswesens, deren Rückgrat nun einmal die Beamten mit ihrem besonderen und entsprechend alimentierten Pflicht- und Treueverhältnis sind, nicht auf dem Altar einer vermeintlichen sozialen Gerechtigkeit opfern. Die angebliche soziale Gerechtigkeit eines staatlichen Einheitssystems kann man in Großbritannien besichtigen: Versorgungsengpässe und lange Wartelisten prägen seit Jahren das Bild, nur die sehr gut Betuchten können es sich leisten, aus eigener Tasche private Zusatzleistungen zu bezahlen. Das ist dann tatsächlich eine Zwei-Klassen-Medizin."

Eine Bürgerversicherung, in der auch Selbstständige, Beamte und alle Gutverdiener zwangsweise Mitglieder würden, verschärfe die in Zeiten des demografischen Wandels ohnehin gravierenden Finanzierungsprobleme im Gesundheitswesen zusätzlich. "Sie macht medizinische Versorgung für alle teurer und schlechter. Das nenne ich fahrlässige Sozialpolitik", sagte der dbb-Chef.

"Unseriöse Zahlenspiele" wie der zum Jahresanfang von der Bertelsmann-Stiftung "zusammengebastelte Einspareffekt von 60 Milliarden Euro bei Bund und Ländern durch eine Aufnahme der Beamten in die GKV bedienen Polemik auf Stammtischniveau und sollen lediglich den Beutezug der selbst ernannten Gerechtigkeitsritter auf die verlockenden 200 Milliarden Euro Alterungsrückstellungen der PKV verschleiern." Es gebe weder eine verfassungsrechtliche Grundlage noch stichhaltige und tragende Argumente für eine Einbeziehung der Beamten in eine wie auch immer gestaltete Einheitskasse, sagte der Vorsitzende von dbb beamtenbund und tarifunion.

In Hamburg sollen sich junge Beamte künftig ohne finanzielle Nachteile für die gesetzliche Krankenversicherung entscheiden können. Wie ein Arbeitgeber in der Privatwirtschaft will das Land ihnen die Hälfte ihrer Beiträge zur gesetzlichen Versicherung erstatten. Ein entsprechendes Gesetz soll zum 1. August des kommenden Jahres in Kraft treten. Bisher ist es für Beamte angesichts der Beihilfe günstiger, die entsprechend niedrigeren Beiträge in der Privatversicherung zu bezahlen.

Autor: Anne Kunz/ Dorothea Siems
Seite: 11 bis 11
Ressort: WIRTSCHAFT
Quellrubrik: Wirtschaft

Seitentitel: DWBE-HP
Ausgabe: Hauptausgabe
Jahrgang: 2017
Nummer: 280

"Verstoß gegen das Grundgesetz"

Verfassungsrechtler Sodan warnt vor der Einführung einer Bürgerversicherung

Anne Kunz und Dorothea Siems

Bei der von der SPD angestrebten Einführung einer Bürgerversicherung gibt es große verfassungsrechtliche Hürden. Darauf hat der Verfassungsrechtler Helge Sodan hingewiesen. So würde der Bund mit der Einbeziehung der gesamten Bevölkerung in die gesetzliche Krankenversicherung seine Kompetenz überschreiten. Insbesondere die Einbeziehung der Beamten - die rund die Hälfte aller Privatversicherten stellen - sei nicht mit dem Grundgesetz vereinbar.

Überdies warnte der Direktor des Deutschen Instituts für Gesundheitsrecht davor, die in der privaten Krankenversicherung angesparten Altersrückstellungen von rund 233 Milliarden Euro in eine Bürgerversicherung zu überführen. "Die Sozialisierung der PKV-Rückstellungen wäre ein klarer Verstoß gegen die im Grundgesetz verankerte Eigentumsgarantie", sagte der frühere Präsident des Berliner Verfassungsgerichtshofs der WELT.

Die SPD hat die Bürgerversicherung zu einem ihrer Hauptanliegen bei den Gesprächen mit der Union über eine Neuauflage der großen Koalition erhoben. Danach sollen künftig auch alle Selbstständigen, Beamten und Gutverdiener pflichtweise in der gesetzlichen Krankenversicherung Mitglied werden. Heutige Privatversicherte sollen die Wahl haben, ob sie in der PKV bleiben oder in die Sozialversicherung wechseln.

Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach sagte unter Hinweis auf das Wahlprogramm seiner Partei, dass bei einer solchen Reform weder die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung angehoben werden solle noch andere Einkünfte wie Mieten oder Zinsen abgabenpflichtig würden. Damit bliebe es bei der jetzigen Regelung, dass die Höhe der Arbeitseinkommen über die Beitragshöhe entscheidet. Die Beitragsbemessungsgrenze liegt in der gesetzlichen

Krankenversicherung derzeit bei 52.200 Euro im Jahr. Darüber liegende Einkommen unterliegen nicht der Beitragspflicht. In der politischen Debatte kursieren allerdings auch alternative Vorschläge für eine Bürgerversicherung, die eine Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze oder zumindest eine Anhebung vorsehen sowie eine Beitragspflicht auch für Kapitaleinkünfte und Mieten. Einen entsprechenden Antrag hatten die Linken im vergangenen Sommer in den Bundestag eingebracht. Es sah die Abschaffung der PKV zu einem Stichtag vor. SPD und Union stimmten damals gemeinsam gegen diesen Vorstoß.

Die SPD hat bislang nur ein recht vages Konzept für die Bürgerversicherung präsentiert. Unklar ist, ob die PKV-Kunden, die in die Bürgerversicherung wechseln, ihre Altersrückstellungen mitnehmen. In einem Gutachten über die "Verfassungsmäßigkeit einer Bürgerversicherung", das der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags 2010 vorgelegt hat, wird auf den unter Juristen tobenden Streit in dieser Rechtsfrage verwiesen. Auch Lauterbach sagte, es sei vollkommen unklar, ob die Altersrückstellungen mitgenommen werden können. "Letztlich wird dies das Bundesverfassungsgericht entscheiden müssen", sagte der SPD-Politiker. "Für uns ist dies aber überhaupt nicht entscheidend. Auch wenn die Altersrückstellungen bei den Versicherungsunternehmen bleiben oder an die Versicherten ausgeschüttet werden sollten, ist die Bürgerversicherung durchfinanziert und nicht auf dieses Geld angewiesen." Im Gegensatz zur PKV spart die gesetzliche Krankenversicherung keine Altersrückstellungen an. Die Sozialversicherung ist vielmehr im Umlageverfahren organisiert, somit finanzieren die jeweils Jungen den Großteil der Gesundheitsausgaben der jeweils Älteren. In der privaten Versicherung finanziert sich jede Generation

dagegen selbst.

In einer alternden Gesellschaft steht das Umlageverfahren vor dem Problem, dass der schrumpfenden Gruppe der aktiven Bevölkerung eine wachsende Rentnergruppe gegenübersteht. Eine Vergrößerung des Versichertenkreises entlastet die Sozialversicherung deshalb nur, wenn sich dadurch die Balance zwischen Aktiven und Ruheständlern verbessert. Die Altersstruktur der PKV-Versicherten ähnelt jedoch derjenigen der Krankenkassen.

Die Beamten stellen mit fast 50 Prozent die größte Gruppe innerhalb der PKV-Versicherten. Die Staatsdiener erhalten von ihrem Dienstherrn eine sogenannte Beihilfe zwischen 50 und 80 Prozent der Krankheitskosten. Sie zahlen entsprechend nur einen Teil der sonst jeweils üblichen PKV-Prämien. Der Plan, alle Beamten zwangsweise in einer Bürgerversicherung zu versichern, verstößt nach Einschätzung des Rechtswissenschaftlers Sodan gegen die Verfassung. "Für die große Mehrheit der Beamten sind die Länder zuständig, deshalb darf der Bund hier gar keine Regelung treffen."

Auch der Beamtenbund (dbb) lehnt die SPD-Pläne ab. "Wir werden jedem Versuch entgegentreten, Versorgung und Rente, Beihilfe, PKV und gesetzliche Krankenversicherung in einen Topf zu werfen", sagte Beamtenbundchef Ulrich Silberbach. "Wer das bewährte eigenständige und verfassungsrechtlich verankerte Sicherungssystem der Beamten nachhaltig verschlechtern oder gar gänzlich auflösen will, überschreitet eine rote Linie." Silberbach warnte die Politik vor "einem Beutezug der selbst ernannten Gerechtigkeitsritter" auf die Altersrückstellungen der privaten Krankenversicherung. Es gebe weder eine verfassungsrechtliche Grundlage noch stichhaltige und tragende Argumente für eine Einbeziehung der Beamten in eine wie auch immer gestaltete Einheitskasse.

Autor: Tobias Kaiser
Seite: 11 bis 11
Ressort: WIRTSCHAFT
Quellrubrik: Wirtschaft

Seitentitel: DWBE-HP
Ausgabe: Hauptausgabe
Jahrgang: 2017
Nummer: 280

Manager sträuben sich gegen Bürgerversicherung

Fast drei von vier Entscheidern gegen SPD-Vorstoß

Tobias Kaiser

Die Wirtschaftselite in Deutschland sträubt sich gegen die Bürgerversicherung. Eine überwältigende Mehrheit von 72 Prozent der Entscheider in Unternehmen hierzulande lehnt die Forderungen der SPD nach einer Bürgerversicherung ab. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Unternehmensberatung Roland Berger im Rahmen der Initiative "Leaders' Parliament". Knapp 42 Prozent der 125 Befragten und damit die größte Gruppe argumentieren ganz prinzipiell: Sie finden, dass es das Wahlrecht zwischen gesetzlicher und privater Versicherung auch in Zukunft geben sollte.

Weitere gut 30 Prozent stimmen der Aussage zu, dass das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Versicherung in Deutschland Wettbewerb schafft. Die Gegner der Bürgerversicherung, vor allem also die Verbände der Ärzteschaft und die privaten Krankenversicherer, argumentieren häufig ähnlich. Sie verweisen darauf, dass die privaten Versicherer oftmals neue und teurere Behandlungen zahlen, die von den gesetzlichen Kassen nicht getragen werden. Wenn die gesetzlich Versicherten allerdings sähen, dass es diese Behandlungen gibt, forderten sie diese ebenfalls ein. Der medizinische Fortschritt

erreiche so mit einer zeitlichen Verzögerung auch die Kassenpatienten. Lediglich knapp ein Viertel der Führungskräfte befürwortet die Bürgerversicherung, die die SPD zur Bedingung für eine Große Koalition macht.

Gut sieben Prozent halten das derzeitige System einer Zwei-Klassen-Medizin mit unterschiedlich langen Wartezeiten und Leistungen für ungerecht. Und knapp 18 Prozent der Entscheider wollen sogar weiter gehen als von der SPD gefordert und auch auf Einnahmen wie Mieten und Zinsen Krankenkassenbeiträge erheben.

Die SPD wird in den mutmaßlich bevorstehenden Koalitionsverhandlungen die Einführung einer Bürgerversicherung verlangen. Zu recht?
Angaben in Prozent



welt Teilnehmer: 125

Quelle: Roland Berger und die WELT-Gruppe

Fotograf: Jörn Baumgarten
Urheberinformation: (c) Axel Springer SE

Seite: 19
Ressort: Wirtschaft
Seitentitel: Wirtschaft

Serientitel: Im Gespräch
Ausgabe: Hauptaussage
Nummer: 279

Im Gespräch: Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH)

"Für uns im Handwerk ist eine lange Hängepartie Gift"

Selbst ein Handwerkspräsident muss derzeit auf Handwerker warten. Um den Engpass zu bekämpfen, unwirbt die Branche die Jugend. Tatkraft empfiehlt Wollseifer auch der Politik: anpacken statt rumreden.

Herr Wollseifer, wann haben Sie zuletzt einen Handwerker gebraucht?

Ich brauche laufend Handwerker für meine Projektentwicklungsgesellschaft, die ich neben meinem eigenen Handwerksbetrieb auch noch betreibe.

Kommt da immer gleich jemand, wenn Sie anrufen?

Ich erlebe mit Handwerkern genau das, was momentan eigentlich alle Kunden erleben: Es ist schwierig, Handwerker zu bekommen.

Selbst für den Handwerkspräsidenten?

Wenn es ein Notfall ist, ein Dach undicht ist oder die Heizung ausfällt, dann kommen die Handwerker in der Regel sofort. Wenn es aber um Dinge geht, die nicht so dringend sind, dann muss auch ich warten.

Auf welche Handwerker wartet man derzeit besonders lange?

Im Bauhauptgewerbe liegt der Vorlauf mittlerweile bei elf Wochen, im Gesamthandwerk bei fast acht. Die Auftragsbücher sind sehr voll. Es gibt eine große Nachfrage, auf der anderen Seite ringen wir um Facharbeiter. Das Handwerk hat zwar schon bis zur Jahresmitte 33 000 neue Mitarbeiter und damit bereits deutlich mehr als im ganzen Jahr 2016 eingestellt, aber das reicht immer noch nicht.

Wann stocken die Unternehmen endlich ihre Kapazitäten auf, damit die Handwerker ein Ende hat?

Unsere Betriebe sind ständig auf der Suche nach qualifizierten Fachkräften und Auszubildenden. Denn sie schauen äußerst zuversichtlich ins nächste Jahr. Derzeit gibt es noch rund 17 000 freie Ausbildungsplätze im Handwerk.

Was tun Sie gegen den Azubi-Mangel?

Wir gehen auf junge Leute zu, um sie für die 130 Ausbildungsberufe im Handwerk zu begeistern. Viele davon sind sehr anspruchsvoll, etwa Hörakustiker oder Chirurgiemechaniker. So vielfältig die Berufe sind, so unterschiedlich ist die Lage in den Gewerken. Tischler zum

Beispiel haben nicht so eine große Azubi-Not, anders sieht das bei Fleischern, Bäckern oder Sanitär- und Heizungstechnikern aus. Da gibt es viele unbesetzte Plätze. Wir sprechen die Jugendlichen über Social Media an, gehen an die Gymnasien, setzen auf unsere attraktiven beruflichen Aus- und Weiterbildungsangebote wie das Berufsabitur oder das triale Studium inklusive Gesellenbrief, Meister und Bachelor. Außer der Promotion hat das Handwerk alles zu bieten.

Wozu braucht das Handwerk Abiturienten und Akademiker?

Weil in den nächsten zehn Jahren 200 000 Betriebe im Handwerk übergeben werden müssen, die sollen nicht einfach ihre Türen schließen. Wir kümmern uns auch nach wie vor um die anderen. 45 Prozent unserer Auszubildenden sind Hauptschüler. Wir bilden auch Jugendliche ohne Schulabschluss aus. Für Migranten gibt es Integrationsbeiräte im Handwerk und mehrsprachige Ausbildungsbörsen. Jeder zweite Flüchtling in Ausbildung macht diese im Handwerk. Funktioniert das?

Eigentlich funktioniert das ganz gut. Die größte Barriere ist die Sprache, und leider ist die Qualität der Sprachkurse sehr unterschiedlich, je nach Träger. Außerdem sage ich immer, dass Flüchtlinge letztlich "Deutschland lernen müssen". Sie müssen unsere Historie kennenlernen, unsere Kultur, wie man hier miteinander umgeht. Auch, dass man einer Kundin die Hand gibt, und dass man die Anweisungen einer Chefin befolgen muss.

Fehlen wirklich nur die Leute, oder horten die Betriebe einfach lieber ihr Geld, statt zu investieren?

Aufträge sind nicht gleich Geld, sondern erst mal eine Verpflichtung. Wenn es ein guter Auftrag ist, dann ist es auch einer, bei dem wir nicht nur Umsatz, sondern auch Gewinn machen - ohne den geht es auf Dauer natürlich nicht.

Trotzdem: Was bremst die Investitionen im Handwerk: schleppende Digitalisierung? Infrastruktur? Bürokratie? Steuern? Sozialabgaben?

Wir verzeichnen umfangreiche Investitionen im Handwerk. Die Betriebe haben verstanden, dass Digitalisierung nicht nur eine Homepage bedeutet, sondern digitale Arbeitsprozesse. Und sie investieren in moderne Geräte, Maschinen, Computer und Software. Was wir aber unbedingt brauchen, ist Glasfaser bis in den kleinsten Ort hinein. Es kann nicht sein, dass Handwerker zwar Bauten visualisieren können, aber dann mit ihrem Datenstick erst in die Stadt fahren müssen, um das Ergebnis per E-Mail an ihre Kunden senden zu können. Wenn die Betriebe abgehängt sind auf dem Land, dann sind sie morgen nicht mehr existent. Und wenn die Betriebe weg sind, finden die jungen Leute keinen Job mehr, die Handwerker fehlen - nicht nur ihre Geschäfte, sondern auch ihr gesellschaftliches Engagement etwa in den Vereinen, der Ort überaltert und verkümmert.

Drängt das jetzt besonders angesichts der Erfolge der AfD?

Wir müssen etwas für den sozialen Zusammenhalt im Land tun. Viele Menschen fühlen sich abgehängt, vor allem im ländlichen Raum mit seinen vielen Funklöchern. Viele Menschen dort haben das Gefühl, vergessen worden zu sein.

Aber so gut wie es dem Handwerk derzeit geht, ist es Ihnen doch wahrscheinlich egal, ob Deutschland derzeit regiert wird oder nicht.

Uns im Handwerk ist nichts egal, was mit Politik zu tun hat. Eine geschäftsführende Regierung gestaltet nicht. Dass sich Union, FDP und Grüne nach zig Sitzungen nicht einigen konnten und parteitaktische Überlegungen nicht zurückgestellt haben, halte ich für ein schlechtes Signal.

Wer ist denn schuld?

Das kann ich Ihnen nicht sagen. Für mich hat sich bisher kein klares Bild ergeben. Aber die Mentalität von Handwerkern ist es ohnehin, nach vorne zu schauen, nicht lange rumzureden, sondern anzupacken und praktikable Lösungen zu suchen. Das würde ich auch der Politik empfehlen. Für uns im Handwerk ist eine lange Hängepartie jedenfalls Gift. Wirtschaftspolitik ist auch ein Stück Psychologie. Wenn die Betriebe wissen, es gibt eine stabile Regierung, die Gesetze, die Steuersätze, die Sozialbeiträge werden auch in zwei Jahren noch Bestand haben, dann investieren sie viel bereitwilliger. Ungewissheit lähmt unternehmerischen Elan. Außerdem stehen generell große Themen an, von Europa über die Digitalisierung bis zu Demographie und Terror.

Die SPD steht ja vielleicht kurz davor, über ihren Schatten zu springen, will aber den Preis hochtreiben und etwa die Bürgerversicherung durchsetzen. Unser Gesundheitssystem ist ein sehr gutes, gerade auch durch den Wettbewerb zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Letztere finanziert das Gesamtsystem ein Stück weit mit. Es stellt sich schon die Frage: Wenn Ärzte nicht mehr den 2,3-fachen Satz für Privatpatienten abrechnen dürfen, wer kommt dann für ihre Verdienstaufschläge auf? Das werden dann vermutlich alle Bürger bezahlen müssen, das wird teuer werden, und das möchten wir nicht. Es muss überhaupt eine rote Linie

von 40 Prozent für die Sozialabgaben geben. Bei unseren Mitarbeitern bleibt zu wenig vom Lohn im Portemonnaie, weil sie zu wenig Netto vom Brutto haben. Deshalb muss auch der Soli-Abbau beginnen, und zwar sofort und für alle. Und dem Mittelstandsbauch bei der Einkommensteuer müssen wir dringend eine Diät verpassen, der muss flacher werden.

Um das zu finanzieren, will die SPD den Spitzensteuersatz anheben.

Das würde unsere Betriebe enorm treffen, denn rund 80 Prozent sind Einzelunternehmen oder Personengesellschaften. 60 000 Euro Gewinn sind schnell erreicht, die unterliegen dann immer dem Spitzensteuersatz. Das wollen wir nicht.

Haben Sie SPD-Chef Martin Schulz in dieser Sache schon die Meinung gesagt? Ich war im Willy-Brandt-Haus und habe mit ihm persönlich gesprochen. Das war ein konstruktives Gespräch - und ich glaube, den ein oder anderen Punkt hat er aufgenommen.

Hegen Sie denn auch gewisse Hoffnungen, was eine große Koalition angeht? Wir haben große Schnittmengen im Bildungsbereich. Der Fokus muss endlich stärker auf die berufliche Bildung gelegt werden. Es war gut, einen Hochschulpakt aufzulegen, jetzt ist es aber Zeit für einen Berufsbildungspakt. Mit Geldströmen kann man auch Bildungsströme lenken, und das sollte jetzt in Richtung berufliche Bildung gehen - ohne den

Hochschulbereich zu vernachlässigen. Damit mehr junge Menschen diesen Weg zum Meister anstreben, sollte er einem Studium in nichts nachstehen, auch nicht in finanzieller Hinsicht. Jeder sollte sich den Meister leisten können.

Trauern Sie Jamaika hinterher?

Einige Dinge waren auf einem guten Weg. Neben der Bildungspolitik, die auch bei Jamaika in die richtige Richtung ging, etwa der Abbau des Solidaritätszuschlags. Auch die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung hätte im dritten Anlauf was werden können. Insgesamt konnten wir Jamaika schon etwas abgewinnen, das hätte unserem Land einen Modernisierungsschub geben können. Wir hatten so etwas noch nie, da hätten wir Politik mal neu denken müssen.

Derjenige, der "Denken wir neu" auf seinen Plakaten stehen hatte, hat Jamaika aber höchstselbst platzen lassen. Sind Sie sauer auf FDP-Chef Christian Lindner? Die FDP ist dem Handwerk ja durchaus näher als etwa die Grünen.

Wir machen hier im Verband und im Handwerk allgemein keine Parteipolitik. Wir sprechen mit Politikern und versuchen sie zu beraten, wenn es die Wirtschaft betrifft. Wir diskutieren und kämpfen auch, aber wir hängen uns an keine Partei.

Das Gespräch führte Henrike Roßbach.

Abbildung: Hans Peter Wollseifer
Abbildung: Foto Matthias Lüdecke

Seite: 17
 Ressort: Politik

Quellrubrik: MANTEL
 Ausgabe: Hauptausgabe

'Leistungen würden weniger'

Interview: Klaus Reinhardt, Vorsitzender des Hartmannbundes, lehnt die Bürgerversicherung ab

Zu den Gegnern einer Bürgerversicherung gehören die Ärzte. Wir sprachen mit dem Vorsitzenden des Hartmannbundes, Klaus Reinhardt.

Herr Reinhardt, warum sind die Ärzteverbände so entschieden gegen die Bürgerversicherung?

Klaus Reinhardt: Unter anderem auch, weil zum Beispiel die Bürgerversicherung die demografische Entwicklung nicht berücksichtigt. Das Verhältnis von Beitragszahlern und Leistungsempfängern wird sich in den nächsten Jahren ähnlich wie in der Rentenversicherung drastisch verändern.

Und was können die Privatversicherungen da besser?

Reinhardt: Die privaten Krankenkassen, die rund zehn Prozent der Bevölkerung versichern, haben anders als die gesetzlichen Kassen große Altersrückstellungen gebildet, die das Problem abfedern. Niemand wird davon profitieren, wenn ich die Privatversicherten aus einem zukunftsfesten System in die Bürgerversicherung überführe. Dass die Altersrückstellungen in Höhe von 250 Milliarden Euro einfach in den großen Topf der Bürgerversicherung fließen, wäre vielleicht solidarisch, aber mit Sicherheit nicht gerecht.

Wenn gut verdienende Versicherte in der GKV dazu kommen, erhöht sich deren Leistungsfähigkeit doch.

Reinhardt: Aber nur solange diese Versicherten nicht selbst Leistungen in größerem Umfang beanspruchen, und das

ändert sich meist im Alter.

Dann können viele die Beiträge in der Privatversicherung nicht mehr zahlen, aber auch nicht wechseln, so ideal ist das also nicht, oder?

Reinhardt: Es gibt Menschen, die dann überfordert sind - auch deshalb, weil sie vor 40 oder 50 Jahren mit geringen Beiträgen begonnen haben und die steigende Lebenserwartung bis weit ins Rentenalter hinein nicht abschätzen konnten. Da muss sich der Markt in der Tat etwas einfallen lassen und zum Beispiel Sozialtarife anbieten.

Machen sich Gutverdienende nicht einen schlanken Fuß?

Reinhardt: Das Argument der Entsolidarisierung ist Unsinn, das Gegenteil ist richtig. Dadurch, dass die Privatversicherungen kostendeckend zahlen, werden Strukturen im Gesundheitswesen überhaupt aufrechterhalten, das gilt nicht nur für Ärzte, sondern auch für Kliniken, Physiotherapeuten und viele mehr. Bei der Bürgerversicherung würden die Leistungen automatisch weniger werden.

Warum sollte das so sein?

Reinhardt: Weil sie niemals das Geld aufbringen kann, das gebraucht wird, um unsere heutige medizinische Versorgung aufrecht zu erhalten. Wo soll denn das Geld herkommen? Das Beispiel Skandinavien zeigt, dass der Leistungskatalog eingedampft wird und viele Menschen Zusatzversicherungen abschließen. Das ist dann Zweiklassen-

Medizin.

Privatversicherte haben heute viele Vorteile, denken Sie allein an Terminvergaben.

Reinhardt: Es mag sein, dass Privatversicherte einmal schneller einen Termin bekommen, bei der eigentlichen Behandlung gibt es aber keine Unterschiede. Wenn ein gesetzlich Versicherter eine Hüftprothese braucht, bekommt er keine andere als der Privatversicherte. Aber die Ärzte werden unterschiedlich bezahlt für dieselbe Leistung. Auf dem Land herrscht Ärztemangel zulasten der Kassenpatienten, in Ballungsräumen verdienen Ärzte mit weniger - privaten - Patienten gut. Ist das gerecht?

Reinhardt: Sicher, die Ärztedichte am Starnberger See ist höher als auf dem Land in Nordhessen, aber die realen Einkommensunterschiede sind nicht so groß. Die Landärzte müssen mehr Patienten haben, um das gleiche Einkommen zu erwirtschaften, das stimmt.

Was meinen Sie, soll alles einfach bleiben, wie es ist?

Reinhardt: Ich würde das historisch gewachsene System belassen, sozial abfedern und darauf achten, dass die inhaltliche Behandlung auf gleichem Standard bleibt. Die Ideen von Herrn Lauterbach (SPD) werden künftige Generationen viel zu stark belasten, so weit denkt er offensichtlich nicht. KOMMENTAR

Von Petra Wettlaufer-Pohl

Urheberinformation: (c) 2017 Hessische Allgemeine Kassel Mitte

Autor: NIKOLAUS PIPER
Seite: 4
Ressort: Meinungsseite
GROSSE KOALITION

Quellrubrik: Leitartikel
Ausgabe: Hauptaussage

Teure Versuchungen

VON NIKOLAUS PIPER

Bis zum 19. Dezember um 23.49 Uhr schien das Schicksal der Republik von Kohlekraftwerken, dem Familiennachzug für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz und der Frage abzuhängen, wann der Soli wie abgeschafft wird. Dann trat Christian Lindner vor die Kameras und beendete das Experiment Jamaika-Koalition. Nun müssen CDU/CSU und SPD prüfen, ob sie trotz des Strafgerichts, das die Wähler über sie gehalten haben, doch irgendwie zusammenkommen können. Und plötzlich sind die Schicksalsfragen fast ausschließlich sozialpolitischer Art. Es geht darum, ob die SPD ihren Begriff von sozialer Gerechtigkeit durchsetzt und die Union gleichzeitig ihrem Anspruch gerecht werden kann, Hort finanzpolitischer Solidität zu sein.

Der abrupte Themenwechsel ist schon für sich bemerkenswert. So etwas gab es in der Geschichte der bundesdeutschen Politik noch nicht. Und die Beteiligten sind darauf erkennbar nicht vorbereitet. Besonders unangenehm ist die Lage für die SPD. Sieht man nur auf die Inhalte, war die abgewählte Regierung für die Sozialdemokraten ja ein großer Erfolg. Man mag bezweifeln, ob Mindestlohn, Rente mit 63 und Mietpreisbremse den Menschen, für die sie gedacht waren, wirklich genützt haben. Aber sie waren reines SPD-Programm und liefen unter dem Rubrum „soziale Gerechtigkeit“. Nur haben es ihnen die Wähler eben nicht gedankt. Sie konnten sich noch so sehr von „den Schwatten“ (Sigmar Gabriel) absetzen, solange sie in der Koalition mit der Union waren, war alles, was sie unternahmen, irgendwie „neoliberal“. Für die CDU ist das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten vielleicht im Verhältnis einfa-

cher, die Kanzlerin selbst ist ja sozialdemokratischem Gedankengut nicht abgeneigt. Aber bei den eigenen Leuten und in der Konkurrenz mit der FDP um bürgerliche Wähler ist genau dies das Problem.

Für Kompromisse ist diese Konstellation denkbar schlecht, genauer: Unter solchen Bedingungen werden oft Kompromisse geschlossen, die sehr teuer oder zumindest finanzpolitisch problematisch sind. Die Zeiten sind ja ungewöhnlich gut, die Steuereinnahmen sprudeln, da ist die Verführung zum Geldausgeben groß, zumal die Wähler ja die gute Konjunktur gar nicht honorieren.

Nimmt man die jüngsten Äußerungen aus der SPD Nordrhein-Westfalen als Maßstab, dann entscheiden sich Ob und Wie einer neuen großen Koalition an zwei Themen: Rente und Gesundheit. Die Sozialdemokraten wollen das Rentenniveau auf 48 Prozent des Durchschnittslohns festschreiben, also den derzeitigen Stand sichern. Die Reform soll, mit anderen Worten verhindern, dass die Renten bis 2030, wenn es mehr Rentner und weniger Beitragszahler gibt, auf 44,7 Prozent sinken. Das kostet allein im Jahr 2030 mehr als 19 Milliarden Euro – auch deshalb, weil die SPD den weiteren Anstieg des Rentenalters zum Tabu erklärt hat.

Die Union ist in der misslichen Lage, bei der Rente nicht zu wissen, was sie will. Jetzt rächt sich, dass Merkel entschieden hat, das Thema nach der Wahl erst einmal in eine Expertenkommission zu geben. Zwar ist tatsächlich noch etwas Zeit da, ehe Reformen unabwendbar werden, aber schon steigt das Problem der Altersarmut spürbar. Die SPD hatte recht, das Thema im Wahlkampf

anzugehen, nur wählte sie als Lösung das denkbar teuerste Modell – die Hebung des Rentenniveaus. Nicht alle, die eine Minirente beziehen, sind arm, viele haben privat vorgesorgt, zum Beispiel, weil sie den größten Teil des Berufslebens selbstständig waren. Erhöhte man einfach nur das Rentenniveau mit Steuermitteln, würden viele eine Unterstützung bekommen, die sie gar nicht brauchen. Richtig wäre es, für Bedürftige die Rente mit einer Art Grundsicherung aufzustocken. Aber das ist unpopulär; weil Grundsicherung nach „Almo-sen“ oder, schlimmer noch, nach „Hartz IV“ klingt.

In Sachen Gesundheitsreform fordert die SPD eine staatliche Einheitsversicherung (im Politjargon „Bürgerversicherung“ genannt): Alle zahlen in eine Gesetzliche Krankenkasse ein, auch Selbständige, Wohlhabende und Beamte, die Private Krankenversicherung verliert nach und nach ihre Geschäftsgrundlage. Es gibt sehr große Zweifel, ob mit diesem Modell die „Zwei-Klassen-Medizin“ in Deutschland abgeschafft werden kann. Reiche können sich immer irgendwo privat Zusatzversichern. Die Gefahr besteht aber, dass dem Gesundheitswesen Mittel entzogen und bereits heute bestehende Probleme verschärft werden. Und dann ist die Versuchung groß, einfach auf die öffentlichen Haushalte zurückzugreifen.

Es wäre gut, würden Union und SPD gar nicht erst beginnen, ihre Gegensätze durch teure Kompromisse zu überbrücken.

Aus dem Wahlergebnis ziehen SPD und Union falsche Schlüsse

Autor: Dorothea Siems
Seite: 3 bis 3
Ressort: FORUM
Quellrubrik: Leitartikel

Seitentitel: DWBE-HP
Ausgabe: Hauptausgabe
Jahrgang: 2017
Nummer: 278

Neue Fahrlässigkeit

Der zutiefst gehegte Wunsch nach einem Aus für die private Krankenversicherung könnte sich für die SPD in einer großen Koalition erfüllen. Die Folgen für Ärzte und Patienten wären verheerend

Dorothea Siems

Die SPD will die Trophäe. Die Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen soll der eigenen Basis und den Wählern demonstrieren, dass man auch als 20-Prozent-Partei in einer großen Koalition Weichenstellungen erzwingen kann, die bislang nur in einem rot-rot-grünen Bündnis realistisch schienen. Der Aufschrei der Ärzteschaft zeigt, wie wenig die Mediziner der Standfestigkeit der Union in dieser Frage vertrauen. Bislang hatte die Bundeskanzlerin ein solches Einheitssystem zwar stets abgelehnt. Doch die CDU-Chefin könnte dieses Mal dem Drängen der Sozialdemokraten nachgeben. Zumal CSU-Chef Horst Seehofer seit Langem ein bekennender Anhänger der Bürgerversicherung ist. Somit droht sich in der Gesundheitspolitik das zu wiederholen, was in der vergangenen Legislaturperiode schon in der Rentenpolitik passiert ist: Statt einen wichtigen Pfeiler im Sozialsystem zukunftsicher zu machen, vergrößert man sehenden Auges die Probleme nachhaltig. Denn eine Bürgerversicherung, in der auch Selbstständige, Beamte und alle Gutverdiener zwangsweise Mitglieder werden, würde die in Zeiten des demografischen Wandels ohnehin gravierenden Finanzierungsprobleme im Gesundheitswesen zusätzlich verschärfen. Fahrlässiger kann Sozialpolitik nicht sein.

Es hat historische Gründe, dass Deutschland ein duales System aus gesetzlichen Krankenkassen auf der einen Seite und der privaten Krankenversicherung auf der anderen hat. Das Nebeneinander ist sicher nicht ideal, aber es funktioniert allemal besser als rein staatliche Einheitssysteme in anderen Ländern. Der SPD geht es hingegen erklärtermaßen in erster Linie um Gerechtigkeit. Doch ihr Vorwurf einer Zwei-Klassen-Gesellschaft übersieht die

vielfältige Wechselbeziehung zwischen den beiden Bereichen. Kassenpatienten mögen mitunter länger auf einen Arzttermin warten als Privatversicherte, aber sie erhalten sämtliche Leistungen, die medizinisch notwendig sind. Und darauf kommt es letztlich an. Auch zieht das Argument der SPD nicht, dass nur die gesetzlich Versicherten das Solidarsystem finanzierten, während die PKV Rosinenpickerei betreibe, weil sie sich ihre Kunden auswählen kann. Denn die Kritiker übersehen die milliarden-schwere Quersubventionierung zwischen den beiden Bereichen: Während nur elf Prozent der Bevölkerung privat versichert sind, finanzieren sie fast ein Viertel der Praxisumsätze. Auch die Arzneimittelhersteller, Physiotherapeuten, Kliniken und anderen Leistungserbringer könnten allein mit Kassenpatienten nicht über die Runden kommen. Überall gelten für die Privatversicherten höhere Preise. Somit subventioniert diese Klientel indirekt die günstigeren Bedingungen der gesetzlichen Krankenversicherung. Einen weiteren Ausgleichsbeitrag leistet zudem der Staat mit dem Bundeszuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung, an dessen Finanzierung aus Steuermitteln die Privatversicherten beteiligt sind.

Die allergrößte Ungerechtigkeit liegt aus Sicht der Befürworter einer Bürgerversicherung in den niedrigen Prämien, die Gutverdiener in der privaten Krankenversicherung zahlen. Tatsächlich sparen gut verdienende Arbeitnehmer, falls sie jung und gesund sind, wenn sie ins Privatsystem wechseln. Doch die Rechnung sieht ganz anders aus, wenn man Prämien und Beiträge im gesamten Lebensverlauf betrachtet. Denn im Alter steigen die Belastungen für die Privatversicherten dramatisch, während sie für die anderen Rentner im Regelfall kräftig sinken. Eine wirkliche Ersparnis

bringt der Abschied aus dem Solidarsystem deshalb den wenigsten.

Für AOK, Barmer & Co. wäre das Wirtschaften ohne die private Konkurrenz natürlich angenehm. Kommen heute neue Therapien oder innovative Arzneimittel auf den Markt und werden von den Behörden zugelassen, dann sind Privatpatienten oftmals die Ersten, die davon profitieren. Doch was sich bewährt, findet in der Regel rasch auch Eingang in den Leistungskatalog der Krankenkassen. In einer Bürgerversicherung gäbe es diesen Konkurrenzdruck durch die Privaten nicht länger. Und dann wären wohl auch bald die Regelungen in der gesetzlichen Krankenversicherung vor allem vom Gedanken der Kostendämpfung geprägt. Großbritannien ist ein abschreckendes Beispiel für ein staatliches Einheitssystem. Versorgungsengpässe und lange Wartelisten prägen seit Jahrzehnten das Gesundheitswesen auf der Insel. Und nur die sehr gut Betuchten können es sich leisten, aus eigener Tasche private Zusatzleistungen zu bezahlen. Das ist dann tatsächlich eine Zwei-Klassen-Medizin.

Vor dem Hintergrund der rasanten Alterung der deutschen Bevölkerung sollte die CDU die Bürgerversicherung noch aus einem anderen Grund weiterhin strikt ablehnen. Denn für die gesetzliche Krankenversicherung gilt ebenso wie für Pflege und Rente, dass die Alten von den Jungen alimentiert werden müssen. Während die Politik die Alterssicherung mit den Reformen schon vor einigen Jahren auf den demografischen Wandel ausgerichtet hat, ist bislang im Gesundheitswesen noch gar nichts passiert. Wenn in den nächsten Jahren die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen, sinken die Beitragseinnahmen, während die Ausgaben stetig steigen. Die PKV ist weit weniger demo-

grafieabhängig, weil sie Kapitalreserven bildet. Jede Generation spart in diesem System in jungen Jahren für die Ausgaben im Alter. Dass die Sozialdemokraten ausgerechnet an die Säule der Krankenversicherung die Axt anlegen wollen, die für die schwierigen vor uns liegenden Jahrzehnte relativ gut gerüstet ist, zeigt die fatale Kurzsichtigkeit dieser Sozialpolitik. Wir brauchen im gesamten Sozialsystem dringend mehr und nicht weniger Kapitaldeckung. Ansonsten werden die Jungen in weni-

gen Jahren dramatisch steigende Beitragslasten zu schultern haben. Die SPD verspricht, das Problem mit höheren Steuerzuschüssen zu lösen. Doch diese Methode ist eine Scheinlösung. Denn die Finanziere bleiben überwiegend die Gleichen. Ein Einheitssystem mit wachsender Abhängigkeit von staatlichen Geldzuweisungen führt am Ende unweigerlich zu einer Gesundheitspolitik nach Kassenlage. Das deutsche Krankenversicherungssystem braucht keine derartige Radikalre-

form, wie sie das linke Lager anstrebt. Die künftige Regierung sollte vielmehr Korrekturen innerhalb der beiden Systeme vornehmen, um die großen Effizienzreserven zu heben. Ein solches Projekt ist anspruchsvoll genug. Unser duales Kassensystem funktioniert besser als rein staatliche Einheitssysteme in anderen Ländern
dorothea.siems@weltn24.de (mailto:dorothea.siems@weltn24.de)

Urheberinformation: (c) Axel Springer SE

Autor: Specht, Frank/ Thelen, Peter

Seite: 008

Ressort:

Wirtschaft & Politik

Nummer:

231

BÜRGERVERSICHERUNG

Projekt mit gefährlichen Nebenwirkungen

Die SPD fordert die Abschaffung der privaten Krankenversicherung als Brautgabe für die Große Koalition. Das soll das Gesundheitssystem gerechter machen. Aber der Preis könnte zu hoch sein.

Peter Thelen, Frank Specht Berlin

Einen vergleichbaren Aufschrei betroffener Kreise hat es bei den Jamaika-Verhandlungen nicht gegeben. Allein die Ankündigung führender Sozialdemokraten, zu den Forderungen der SPD für mögliche Koalitionsverhandlungen mit der Union gehöre natürlich auch die Bürgerversicherung, reichte. Binnen Stunden stapelten sich die Protestmails von Ärzteverbänden und Beschäftigten-Gruppen der privaten Krankenversicherer in den Redaktionen. Der Verband der privaten Krankenversicherungen (PKV) warnte vor einem Praxissterben, sollte die SPD sich durchsetzen.

Das linke Projekt einer einheitlichen Krankenversicherung löst auch nach Jahrzehnten immer noch die gleichen Beißreflexe aus. Das war schon 2002 so, als die damalige Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) eine Kommission beauftragte, Vor- und Nachteile zu bewerten. Den Gutachterpart Bürgerversicherung übernahm damals Gesundheitsökonom Karl Lauterbach, inzwischen Vize-Vorsitzender der SPD-Fraktion. Das Gegenmodell der Kopfpauschale bewarb der ehemalige Wirtschaftsminister Bert Rürup. Umgesetzt wurde nichts. Zwar beschloss die CDU auf ihrem Reformparteitag 2003 in Leipzig ein Kopfpauschalen-Modell mit Bestandsschutz für die PKV. Doch das verschimmelt in den Archiven.

Nur die Bürgerversicherung wird seither von SPD, Grünen und Linkspartei wie eine Monstranz hochgehalten. Sie ist ein Gerechtigkeits-Projekt. Die über 200 Milliarden Euro pro Jahr für die Gesundheitsversorgung belasten heute vor allem Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen. Denn voll beitragspflichtig sind Einkommen nur bis zur Bemessungsgrenze, aktuell 4 350 Euro. Jeder zusätzliche Euro ist beitragsfrei. Besserverdienende können sich zudem wie Selbstständige und Beamte privat versichern und sich so aus der

Solidar-Veranstaltung ganz verabschieden. Derzeit tun dies knapp neun Millionen. Kein anderes Land mit einer Sozialversicherung hat einen ähnlich gespaltenen Krankenversicherungsmarkt.

"Das wollen wir ändern", sagt SPD-Fraktionsvizein Hilde Mattheis. "Dabei ist uns bewusst, dass wir den Switch nicht in einem Schritt hinkriegen. Die Bürgerversicherung ist kein Lichtschalter, den man einfach umlegen kann." Vier erste Schritte fordert sie für diese Legislaturperiode: erstens die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung. Arbeitgeber und Versicherte sollen wieder je die Hälfte des Beitrags tragen. Derzeit zahlen die Versicherten 1,1 Prozentpunkte allein. Zweitens eine gemeinsame Gebührenordnung für Ärzte. Derzeit erhalten die Ärzte für Privatpatienten deutlich höhere Honorare als für gesetzlich Versicherte. So zahlten die Versicherer 2016 für die 8,8 Millionen Privatversicherten 11,62 Milliarden Euro an die Mediziner. Für 72 Millionen gesetzlich Versicherte erhielten die Ärzte 40,7 Milliarden Euro. Zehn Prozent Privatversicherte finanzieren so fast ein Viertel der ärztlichen Versorgung in Deutschland. Da wundert es nicht, dass der PKV-Verband vor einem Praxissterben warnt, sollte die PKV abgeschafft werden.

Außerdem will die SPD die Beitragsbasis erweitern. Neben dem Lohn müssten gesetzlich Versicherte dann auch von anderen Einkunftsarten wie Zinsen Beiträge zahlen. "Die Einbeziehung aller anderen Einkünfte in die Beitragspflicht brauchen wir, um die mit einer Angleichung der beiden Gebührenordnungen verbundenen Kosten zu zahlen" so Mattheis. Ziel sei, dass die neue Honorarordnung für Ärzte nicht zum Verlustgeschäft wird.

Öffnung für Beamte In einem ersten Schritt soll zudem die starre Grenze zwischen PKV und gesetzlicher Versicherung (GKV) geöffnet werden, indem

Beamten der Wechsel in die GKV erleichtert wird. Bisher verlieren sie ihren Beihilfeanspruch, wenn sie in eine gesetzliche Kasse wechseln. Daher sind nahezu alle Beamten privat versichert.

Den vollen Blutaustausch zwischen PKV und GKV will Mattheis verschieben. Er würde erst beginnen, wenn getreu dem SPD-Reformkonzept Neuversicherte nur noch das Recht hätten, sich für einen Bürgerversicherungstarif zu entscheiden. Erst dann würde die PKV in heutiger Form endgültig zum Auslaufmodell.

Doch selbst die vier ersten Schritte würden zu erheblichen Turbulenzen führen. Das haben SPD-Politiker, Gewerkschafter und Kassenexperten in einer von der Ebertstiftung veröffentlichten Machbarkeitsstudie im vergangenen Jahr selbst eingeräumt. So könnte die Öffnung der GKV für Beamte dazu führen, dass vor allem Kleinverdiener mit vielen Kindern wechseln. Schon dadurch würde das Ganze zum Minusgeschäft. Milliardenbeträge würden die gesetzlichen Kassen einheitliche Arzthonorare kosten. Am Ende drohten steigende statt sinkender GKV-Beiträge.

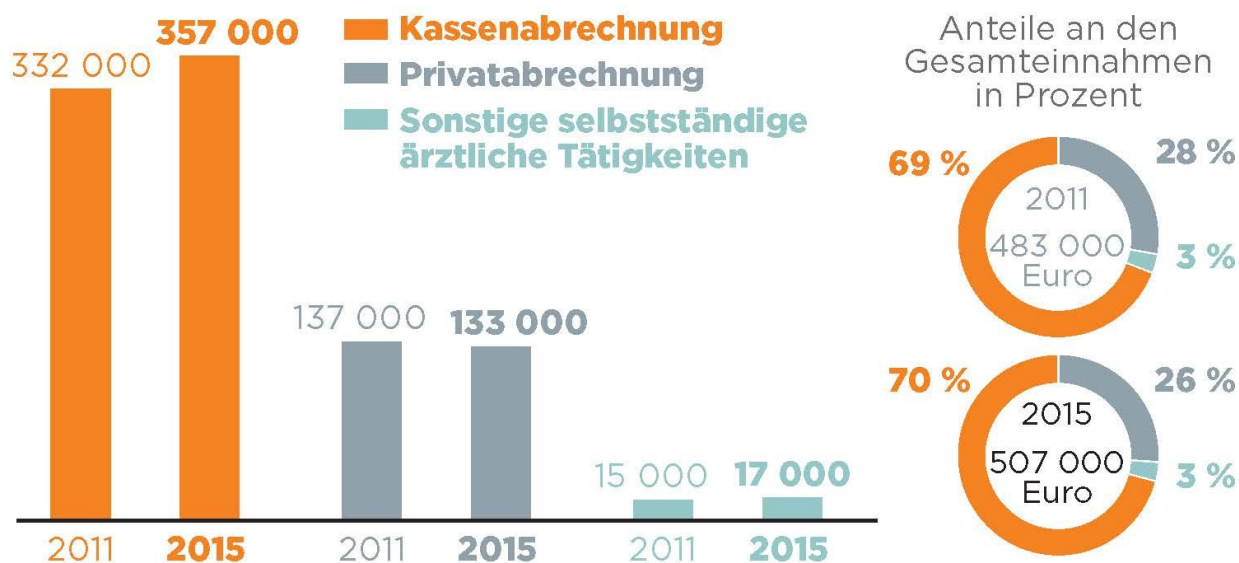
Kanzlerin Angela Merkel mahnte daher am Mittwoch in einer Videobotschaft an den Arbeitbertag in Berlin, bei allen Reformüberlegungen die 40-Prozent-Grenze bei den Sozialabgaben im Auge zu behalten. SPD-Chef Martin Schulz sagte auf derselben Veranstaltung zwar, sozialdemokratische Kernanliegen seien Basis für Verhandlungen, sparte aber bei der anschließenden Aufzählung die Bürgerversicherung aus. Umso deutlicher wurde Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer. "In der Gesundheitsbranche brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Wettbewerb, der die Kosten dämpft." Deshalb müsse das bewährte duale System erhalten bleiben, "Staatsdirigismus" habe Deutschland noch nie vorangebracht.

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

In der Gesundheitsbranche brauchen wir werb, der Kosten dämpft.
nicht weniger, sondern mehr Wettbe- Ingo Kramer Arbeitgeberpräsident

Einnahmenverteilung in Arztpraxen

In Euro pro Jahr je Praxis



HANDELSBLATT // Quelle: GKV-Spitzenverband

Handelsblatt Nr. 231 vom 30.11.2017

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Deutschland: Einnahmeverteilung in Arztpraxen nach Kassen-, Privat- und sonstigen Abrechnungen (ASO / Grafik)

Abbildung:

Beratung beim Arzt: Privatversicherte zahlen deutlich mehr.

Abbildung:

plainpicture Hero Images

Urheberinformation:

Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2017: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

Seite: 15
Ressort: Wirtschaft
Seitentitel: Wirtschaft

Serientitel: Leitartikel Wirtschaft
Ausgabe: Hauptaussage
Nummer: 278

Linker Restposten Bürgerversicherung

Von Heike Göbel

Die SPD lockt mit dem klassenlosen Gesundheitsparadies. Wer das glaubt, wird sich wundern.

In einem berühmten Lorient-Sketch macht die Hausfrau ein Jodeldiplom, damit sie "was Eigenes" hat. Mit der Bürgerversicherung der SPD verhält es sich ein bisschen wie mit diesem Jodeldiplom: Sie gehört zu den wenigen programmatischen Restbeständen, die Angela Merkel der SPD noch nicht streitig gemacht hat. Kein Wunder, dass Sozialdemokraten diese Idee immer als Erstes hervorkramen, wenn sie in einem einzigen Wort klarmachen wollen, dass sie gegenüber der Union noch über linke Eigenständigkeit verfügen. Denn das Beste an der Bürgerversicherung ist und bleibt ihr Name. Er suggeriert ein medizinisches Paradies, in dem es keine unterschiedlichen Klassen und Kassen mehr gibt.

Was der Begriff nicht offenlegt, sind die Nebenwirkungen eines solchen gesundheitspolitischen Systemwechsels. Die Bürgerversicherungsmodelle eint ein Ziel, alle Bürger in die gesetzliche Krankenversicherung zu zwingen. Sie ist bisher nur für Arbeitnehmer verpflichtend, deren monatliches Einkommen unter der Versicherungspflichtgrenze von derzeit 4800 Euro liegt. Wer mehr verdient, darf in die private Krankenversicherung wechseln. Angestellte machen aber nur einen kleinen Teil aus. Jeder zweite Privatversicherte ist Beamter oder Pensionär, deren Kosten der Staat über die Beihilfe zahlt.

Eine Bürgerversicherung entzöge den privaten Krankenversicherungen weitgehend die Geschäftsgrundlage. Sie könnten nur noch Zusatzleistungen anbieten. Von den gesetzlichen Kassen unterscheiden sich die privaten aber nicht nur durch eine teils wohlhabendere Klientel, einen umfangreicheren Leistungskatalog und höhere Arzthonorare, sondern auch durch die Finanzierung. Während die jährlichen Beitragseinnahmen der gesetzlichen Kassen bis auf gewisse Reserven in die Finanzierung der jährli-

chen Leistungen fließen (Umlagesystem), sparen die privaten Kassen einen Teil der Beiträge an (Kapitaldeckung). Sie nutzen diese Alterungsrückstellungen von aktuell rund 230 Milliarden Euro, um die Beiträge der Privatversicherten über den Lebenszyklus zu stabilisieren. In einer alternden Gesellschaft ist das ein wichtiger Beitrag zur Risikoversorge.

Diese Unterschiede muss man kennen, um zu verstehen, warum der Bürgerversicherungsgedanke zwar seit Jahren in den Programmen von SPD, Grünen und Linken gehegt wird, sich aber keine Regierungsmehrheit fand, ihn zu verwirklichen. Die Schwierigkeiten sind vielfältig. Sie beginnen bei der verfassungsrechtlich bedeutsamen Frage, wie mit dem Eigentum an den Rücklagen umgegangen wird. Ungeklärt ist auch, wer Ärzte, Krankenhäuser, Apotheken für den Einnahmeverlust entschädigt. Etwa ein Fünftel der Praxisumsätze niedergelassener Ärzte entfällt auf Privatversicherte und ermöglicht Investitionen, die auch Kassenpatienten nutzen. Sprengkraft birgt ferner die Umstellung der Beamten, da der Wechsel die staatlichen Budgets zunächst belastet. Einsparungen ergeben sich allenfalls langfristig. So zögern selbst SPD-Länder, Hamburg zu folgen, das von 2018 an Beamten den Wechsel erlaubt - als politisches Signal für die Einheitskasse.

Die Befürworter schieben die Probleme beiseite. Sie locken, mit der Bürgerversicherung ergebe sich für alle ein geringerer Beitragssatz. Der von den gesetzlich Versicherten allein zu zahlende Zusatzbeitrag vom Lohn (1,1 Prozent) falle weg, man kehre zur vollen "Parität" zurück, Arbeitgeber führten dann wieder die Hälfte der Kassenbeiträge ab. Doch bringen der größere Versichertenkreis und die Umschichtungen allein nicht genügend Geld ins Gesundheitssystem. Daher sehen alle Konzepte eine

breitere Einnahmebasis vor. Linke und Grüne wollen Kassenbeiträge nicht länger nur auf Lohneinkommen erheben, sondern auch auf Einkünfte aus Mieten, Zinsen, Pachten. Die SPD erwägt, die Beitragsbemessungsgrenze anzuheben. Das träfe aber auch ihre Facharbeiterklientel, die mehr zahlte, ohne bessere Leistungen. In ihrem Programm 2013 warb die SPD zudem für eine "stetig ansteigende Steuerfinanzierung".

Alle Bürgerversicherungskonzepte beruhen mithin auf reichlich Umverteilung. In dieser finanziellen Gemengelage sind Gewinner und Verlierer schwer auszumachen. Es gehört politischer Übermut dazu, sich gleichzeitig mit Beamten, Ärzten, Apothekern und Facharbeitern anzulegen und Vermietern oder Sparern noch mehr von oft mageren Erträgen abzuknöpfen. Zumal der größte Trumpf der Befürworter gar nicht sticht: das behauptete Ende der "Zwei-Klassen-Medizin".

Eine für alle tragbare Einheitsversicherung kann nur eine mehr oder weniger gute Basisversorgung bieten. Bisher wissen Gesundheitspolitiker, dass der Abstand zwischen Privat- und Kassenpatient nicht zu augenfällig werden darf, weil das Stimmen kostet. Das treibt sie an, das Kassensystem zu verbessern und die Beiträge zu zügeln. Nicht ohne Erfolg: Eine Allensbach-Umfrage ergab jüngst, dass 90 Prozent der Deutschen mit dem Gesundheitssystem zufrieden sind. Das wird sich ändern, wenn die private Konkurrenz ausgeschaltet wird. Dann dürften sich die Leistungen für die Masse verschlechtern, während sich Reichere über teure Zusatzversicherungen bessere Medizin erkaufen. Anders als Lorient's "Jodeldiplom" ist die Bürgerversicherung also kein Spaß. Sie kann großen Schaden anrichten.

Autor: CHRISTOPH RYBARCZYK
Seite: 2 bis 2
Quellrubrik: Meinung
LEITARTIKEL

Jahrgang: 2017
Nummer: 280

Die Gleichmacher-Fantasie

Mit der Bürgerversicherung der SPD droht erst recht eine Zweiklassenmedizin

CHRISTOPH RYBARCZYK

:: Revolutionen von oben sind selten geglückt. Die Einführung einer wie auch immer gearteten Bürgerversicherung wäre ein Totalumbau des deutschen Gesundheitswesens. Er könnte - wenn überhaupt - nur gelingen, wenn man Versicherer, Ärzte und Patientenvertreter, Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammenbrächte und Konsens herstellte. So ist es Tradition im bestfunktionierenden System der Welt. Und so ist es rechtlich verfasst.

Denn aus gutem Grund haben wir ein Nebeneinander von privaten und öffentlich-rechtlichen Anbietern wie den gesetzlichen Krankenkassen. Niemand darf hier einfach hineinregieren, wo ein so essenzielles Gut wie die Gesundheit aller betroffen ist.

Man muss kein Schwarzmalerei sein, um am Ende dieser Gleichmacher-Fantasie die staatliche Einheitskasse zu sehen. Darauf laufen die Überlegungen hinaus. Und die Probleme der Privatversicherer werden nicht gelöst. In ihrer Allmachts-Anmaßung glauben Propagandisten wie SPD-Mann Karl Lauterbach, die Kassen, die Ärzte und am Ende die Patienten bevormunden und kujonieren zu dürfen. Es ist blanker Populismus, die heutige Situation als "Zweiklassenmedi-

zin" zu diffamieren. Genau die droht erst, wenn die Bürgerversicherung käme.

Das kann nicht im Sinne der Sozialdemokraten sein. Wenn nur gut Betuchte sich private Extra-Absicherungen und das nicht vom Leistungskatalog abgedeckte Medizinprogramm leisten können, haben wir nur noch Luxusklasse und Basiskasse.

Denn dieses Szenario droht: Gibt es eine Bürgerversicherung, kann zwar nach wie vor vom Gemeinsamen Bundesausschuss festgelegt werden, welche Operation bezahlt, welche Medikamente gewährt werden. Doch die Deutschen vergreisen (demografische Entwicklung), und gute Medizin wird immer teurer (technologische Entwicklung). Am Ende verfügt die Politik nach Kassenlage, wie hoch der Steuerzuschuss zur Bürgerversicherung ist.

Das wollten schon einmal Politiker: aus dem Amtszimmer entscheiden, ob 80-Jährige noch eine künstliche Hüfte bekommen sollen. Und es gerieten die Beiträge, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber belasten, immer weiter unter Druck. Die Folgen dieses politischen Eingreifens in die sozialen Sicherungssysteme sind derzeit bei der Rente zu beobachten. Hier durfte jeder Koaliti-

onspartner der letzten "Gro-Ko" sein Herzensprojekt durchsetzen: Rente mit 63 (SPD) und Mütterrente (CSU). Man kann diese versicherungsfremden "Wohltaten" rechtfertigen, wenn man sie denn systemlogisch finanziert. Heißt: durch Steuern und nicht über die Beiträge, die die Arbeitgeber und Arbeitnehmer belasten.

Liebe Sozialdemokraten, es ist gerechter, wenn nicht bloß der Arbeiter am Fließband und V-Wdie Sozialkassen stützen. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Mitversicherung von Kindern müssen aus Steuermitteln von allen getragen werden, auch vom Großverdiener, der sich dem System entzieht. Was, wenn in der künftigen Krankenversicherung kein Geld mehr da wäre für die kostenlose Kinderversicherung? Das ist eine versicherungsfremde Leistung wie die Mütterrente. Müsste dann doch Oma auf die neue Hüfte verzichten?

Und schon jetzt profitieren gesetzlich Versicherte von einem Wettbewerb, in dem die Privaten Innovationen überproportional finanzieren. In der Behandlung erhält jeder Kassenpatient die beste zeitgemäße Technik und Arzneimittel. Das sollte so bleiben.

Abbildung: Der Autor ist stellvertretender Leiter der Online-Redaktion des Abendblatts
Abbildung: Der Autor ist stellvertretender Leiter der Online-Redaktion des Abendblatts
Urheberinformation: © Zeitungsgruppe Hamburg GmbH